

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint jeden Sonnabend. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten • Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68
Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St. Anzeigen aus den Zahlstellen die vierspaltige Petitzelle 50 Pf.

Stimmt für die Sozialisierung! Prof. Dr. Erik Nölting

Von der Seite des Arbeiters gesehen bedeutet das kapitalistische Wirtschaftssystem einen doppelten Mißstand: dieses System ist Unfreiheit und zugleich Unordnung. Aus der zweifachen Anklage ergibt sich das zweifache Ziel. Aus Unfreiheit muß Befreiung, aus Unordnung muß geordnete Planmäßigkeit werden. Die Unfreiheit ist gegeben durch die Existenz einer mit Eigentumsmacht über die Wirtschaftsapparatur ausgerüsteten Herrenklasse. Jeder, dem die eigene wirtschaftliche Scholle unter den Füßen zerbröckelte, dem somit die Möglichkeit fehlt, seine Arbeitskraft in eigener Unternehmung zu betätigen, so daß er auf Fremdverwertung seines einzigen Eigentums, das ist seiner Arbeitskraft angewiesen ist, muß zu den Besitzern der Produktionsmittel in ein Lohn- oder Gehaltsverhältnis eintreten. Er gerät damit unter fremde Kommandogewalt und verstrickt sich in Unfreiheit. Dieses Herrschaftsmonopol zu zerbrechen, damit die Klassenscheidung zwischen Eigentümern und Eigentumslosen zu beseitigen, stellt das soziale Programm der Sozialisierung dar. Wenn nicht mehr eine auf gegebenen Eigentumsverhältnissen fußende Klassengegensätzlichkeit ein Volk in zwei Hälften auseinander reißt, wird jene echte „Volksgemeinschaft“ möglich, von der die Nationalsozialisten schwatzen, während sie sich doch beharrlich weigern, den Preis zu zahlen, den ihre Herstellung kostet. Durch leere Deklamationen kommen wir jedoch nicht vom Fleck, erst auf eingeebnetem Grund, erst wenn die Schützengräben der Klassenscheidung zugeworfen sind, tritt Volk als soziologische Einheit an die Stelle der zerklüfteten Gesellschaft von heute. Daher ist der mit dem Ziel der Enteignung geführte Klassenkampf alles andere mehr als bloßer Rachezug und bloße Beutegier. Diese Enteignung zerbricht das Herrschaftsverhältnis der Bourgeoisie, das Unterworfenheitsverhältnis des Proletariats, die beide aufgehoben werden in der Machtsphäre der Gemeinschaft.

Durch enteignende Vergesellschaftung zur Befreiung — das ist die soziale Seite unseres Sozialisierungsprogramms. Durch Wirtschaftsplanung die Anarchie der kapitalistischen Marktwirtschaft zu bändigen, dem Chaos zu steuern, Fehlleitung, Leerlauf und nutzlose Verschwendung zu beseitigen, vor allem aber die Wirtschaft von der Verheerung der periodischen Kriseneinbrüche zu befreien — das ist die mit der Sozialisierung bezweckte ökonomische Aufgabe. Kämpft man drüben um den sozialen Freiheitsraum, so hier um den planmäßigen Wirtschaftserfolg.

Es ist eine alte Streitfrage, was voranzugehen hat, die Sozialisierung des Eigentums oder die Sozialisierung der

Leitung. Daß erst die Vereinigung beider Maßnahmen die volle Sozialisierung bedeutet, steht freilich außerhalb aller Diskussion. Die bloße Enteignungssozialisierung ist zunächst nichts anderes als Staatskapitalismus. An die Stelle der privaten tritt öffentliche Eigentums-gewalt. Niemals aber kann sich die Sozialisierung nur mit der Umschreibung der Eigentumstitel begnügen. Juristische Fragen sind immer nur Vordergrundprobleme. Die Sozialisierung erschöpft sich nicht in dem „Räumungsproblem“, das heißt in der Verdrängung der alten Machthaber; Sozialisierung ist ein Gestaltungsproblem. Für die Lösung dieses Problems ist aber nicht der Jurist, sondern der soziale Organisator zuständig, dem sich die Aufgabe stellt, eine am privaten Gewinnstreben orientierte Marktwirtschaft zu ersetzen

durch eine am Versorgungsstreben orientierte planwirtschaftliche Ordnung.

Die ökonomische Ordnungsaufgabe ist aber nicht in befriedigender Weise zu lösen, ohne daß die soziale Machtfrage gleichzeitig in Angriff genommen und einem gewissen Abschluß entgegengeführt wird. Der Staat, der eine ausreichende wirtschaftliche Hausmacht hinter sich hat, der ein genügendes ökonomisches Eigengewicht in die Schale der Macht zu werfen vermag, kann allein den privaten Eigentums-trägern und ihren Interessen Respekt abnötigen und seinen gemeinwirtschaftlichen Versorgungsidealen gegenüber privatwirtschaftlichem Profitstreben zum Durchbruch verhelfen. Eine Wirtschaftsregelung hat zur Voraussetzung eine öffentliche Eigentums-gewalt von hinreichender Tragfähigkeit und Breite. Sonst besteht immer die Gefahr, daß

die öffentliche Kontrolle nur den Wand-schirm darstellt, hinter dem sich kapitalistische Gaunereien um so hemmungsloser vollziehen können, je mehr der Hilfestellung erteilende Staat die Schwindelmanöver durch den darüber gebreiteten Mantel staatlicher Legalisierung der Kritik und der Anklage entzieht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die dem Parlament ein Gesetz über die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, über Bankenverstaatlichung und über Enteignung des Großgrundbesitzes vorlegte, hat diese Zusammenhänge erkannt. Bei den hier vorgeschlagenen Maßnahmen handelt es sich um die Besetzung der berühmten „Kommandohöhen der Wirtschaft“, die man unter allen Umständen in seine Hände bringen muß, wenn man auf dem Gelände der Sozialisierung überhaupt vorwärtskommen will. Hier sind nicht so sehr ökonomische Zweckerwägungen, hier sind machtpolitische Argumente ausschlaggebend. Wer die junkerliche Bodensperre gebrochen, wer die Herren von Kohle, Eisen, Stahl, Chemie und Zement ökonomisch entmachtet hat, hat die Sozialisierung, soweit sie eine machtpolitische Frage darstellt, gelöst. Das übrige kann dann ökonomischen Rentabilitätsgesichtspunkten untergeordnet werden und dem automatischen Weitertreiben überlassen bleiben. Die vorgenannten Machtbastionen der privaten Verfügungsgewalt zu entreißen und damit die Ausgangsstellen und Schlüsselstellungen der Wirtschaft zu besetzen, verlangt, unabhängig von allen ökonomischen Erfordernissen, das übergeordnete politische Sicherheitsgebot. Auch in dieser Hinsicht ist die Sozialdemokratische Partei hartgehämmert worden in dem furchtbaren Anschauungsunterricht, den uns die letzten Monate erteilt haben, der nicht vergeblich war und über den keine weinerliche Anklage erhoben werden soll, wenn wir nur das eine noch klarer als bisher begreifen: daß Politik Macht und nur Macht ist und daß der Sinn alles politischen Vorgehens Machtgewinnung bedeutet.

Man hat uns entgegengehalten, daß unsere Anträge nur Agitationsmanöver darstellten, weil wir selbst genau wußten, daß sie auch im neuen Reichstag mit keiner Annahme und bei der derzeitigen politischen Kräfteverteilung noch weniger mit einer praktischen Durchführung rechnen könnten. Wir geben uns über die tatsächliche Situation durchaus keinen Illusionen hin. Auch wenn die Abstimmung über die von uns eingebrachten Gesetzentwürfe nur dazu dienen würde, den Nationalsozialisten einige Federn aus ihrem sozialistischen Flittergewand auszurufen, hätte sie bereits einen wichtigen Dienst geleistet. Wir werden alles daran setzen, um das nationalsozialistische Schaukelspiel zwischen Kapitalismus und Sozialismus für die Zukunft unmöglich zu machen. Wir

Wer treibt Sabotage?

Die schwerindustrielle „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Organ der Scharfmacher in Reinkultur, veröffentlicht in der Nummer vom 30. September einen fulminanten Artikel, der den Titel „Sabotage“ trägt. Hierin setzen die Herrenmenschen auseinander, daß das privatkapitalistische Ankurbelungsprogramm der Papen-Regierung von den bösen Gewerkschaften nach allen Regeln der Kunst sabotiert werde. Die Gewerkschaften, so kann man dort lesen, fallen den „Kurbelmännern“ bei ihrer wertvollen Arbeit, die sie im Interesse der Unternehmer und der besitzenden Schichten leisten, in den Arm. Das darf sich — so schlußfolgern diese Herrenmenschen — die Regierung nicht gefallen lassen. Alle seien auf Rettung der Wirtschaft eingestellt, und die Gewerkschaften müßten positiv an der Rettungsaktion teilnehmen. Leider sei das Gegenteil zu verzeichnen. „Was man“ — so ruft das Organ der rechtsbolschewistischen Schlotbarone aus — „in diesen Tagen und Wochen bei den Gewerkschaften erlebt, übersteigt schlechthin auch die schlimmsten Befürchtungen.“ Daß sich die Arbeiter das Fell nicht über die Ohren ziehen lassen, sondern hier und da ihren Unwillen gegen den neuen lohnpolitischen Kurs durch Arbeitsniederlegung zum Ausdruck bringen, paßt den Schlotbaronen und den Unternehmern in andern Lagern durchaus nicht. Resigniert und drohend schreibt die „Deutsche Bergwerkszeitung“, daß sich die Gewerkschaften in „eine geradezu haßerfüllte Opposition gegen die Durchführung des großen Rettungswerkes verbissen haben“. Dann lesen wir einige Sätze weiter: „Geradezu gemeingefährlich aber wird die Haltung der Gewerkschaften dort, wo sie zur aktiven Sabotage des Regierungsprogramms übergehen, indem sie Seite an Seite mit den kommunistischen und nationalsozialistischen Betriebszellen sogenannte Abwehrstreiks in den Betrieben dulden, fördern oder gar organisieren . . . Das ist offene Revolte!“ Dann wird noch gegen die Arbeitsrechtler polemisiert, die nicht nach der Pfeife der schwerindustriellen Scharfmacher tanzen

wollen, und dann wird am Schluß gerufen: „Wenn die Gewerkschaften noch nicht begriffen haben, wo die Grenzen ihrer Macht liegen, dann muß ihnen das gezeigt werden.“

Wir brauchen uns über die Auffassung der rechtsbolschewistischen Oberscharfmacher nicht zu wundern. Wir brauchen ihnen auch ihre Frechheit und Dreistigkeit nicht übel zu nehmen. Die Arbeiterschaft weiß zu genau, daß es gerade diese „Wirtschaftsführer“ sind, deren Unfähigkeit die Krise wesentlich verschlimmert hat. Nicht die Gewerkschaften sind die Saboteure eines Wirtschaftsaufstieges, sondern einzig und allein jener privatkapitalistische Interessenhaufen, der jetzt alle Schuld auf die Gewerkschaften abwälzen will. Wir müssen hier ganz klar herausstellen, wer die Saboteure des Wirtschaftsaufstieges sind. Nach unserer Auffassung sind es:

1. Alle Kreise, die mit Hilfe politischer Mittel das Lohn Einkommen breiter Volksschichten erheblich gesenkt haben und noch weiter senken wollen.
2. Alle Kreise, die eine Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend den Gewerkschaftsforderungen mit allen Mitteln hintertreiben.
3. Alle Kreise, die versuchen, durch Wort und Schrift den deutschen Kredit im Ausland zu erschüttern, die mit wahnwitzigen Parolen der internationalen Verständigung und der Zusammenarbeit der Völker entgegenarbeiten.
4. Alle Kreise, die uns, nicht nur in die politische, sondern auch in die wirtschaftliche Isolierung hineinmanövriert haben.

In den vorerwähnten Gruppen sitzen die wahren Saboteure des Wirtschaftsaufstieges. Wenn die Gewerkschaften alles daran setzen, um dieser wahn-sinnigen Verelendungspolitik der arbeitenden Masse entgegenzuarbeiten, dann wirft man ihnen Sabotage vor. Es ist ein starkes Stück, was sich die Herrenmenschen und Oberscharfmacher im Unternehmerlager da erlaubt haben.

wollen wissen, ob Herr Hitler, der in Düsseldorf den Ruhrmagnaten die kapitalistische Stubenreinheit seiner Bewegung beweist, die herrschende Auffassung vertritt oder Herr Goebbels, der im Berliner Sportpalast seine Kinderfäustchen in wilden Verwünschungen gegen den Kapitalismus schüttelt. Jetzt können die Nationalsozialisten die Vergesellschaftung der Trustbetriebe, jetzt können sie die Bankenverstaatlichung, zu der sich die Sozialdemokraten angeblich wegen ihrer Abhängigkeit vom jüdischen Bankkapital nicht entschließen konnten, jetzt können sie die Enteignung der Latifundienbesitzer und damit die Bauernsiedlung haben, die deutschen Menschen Brot und die eigene Scholle unter die Füße zurückgibt. Wir sehen mit einiger Neugierde und mit noch größerer Schadenfreude der Stunde entgegen, wo im neuen Parlament die Braunhemden an dieses heiße Eisen fassen müssen.

Aber das ist nur eine kleine Freude und ein Nebengewinn, der seitwärts als Zugabe abfällt. In der Hauptsache geht es uns um ein höheres Ziel: Wir wollen, da die Zeit reif ist, um diese Gesetzentwürfe eine große und nachhaltige Volksdebatte entfesseln. Die sozialdemokratischen Vorschläge sollen über diesen Wahlkampf hinaus der Gesprächsstoff grauer Wintertage und langer Winterabende werden und in Not, Verzweiflung und Ausweglosigkeit einen Schimmer von Hoffnung werfen. Sie sollen in Tausenden von öffentlichen Versammlungen, sollen am Arbeitsplatz und an der Stempelstelle, auf der Straße und im Mietshaus diskutiert werden. Aus der Volksdebatte über sie soll eine Volksbewegung um sie hervorzunehmen, deren Führung in der Hand unserer Partei liegt und deren Ernte in unsere Scheuer kommt. Jener Gregor Strasser, der unlängst von der antikapitalistischen Sehnsucht sprach, die durch 95 % des deutschen Volkes gehe, hat mit dieser Feststellung schon recht, Heuchelei ist es nur, wenn ausgerechnet der Nationalsozialismus sich dieser Sehnsucht als

Priesterschaft darbietet. Wir wissen, daß in den Stürmen dieser Krise mehr zusammengebrochen ist, als hier und da eine D-Bank oder ein großer Konzern. Zusammengebrochen ist der moralische Glaube an den Kapitalismus, und die seelische Ablösung breiter Massen vom Kapitalismus, seinen Tröstungen und seinen Verheißungen, hat eingesetzt, weit über die Kreise der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft hinaus. Damit sind planwirtschaftliche Bestrebungen und Sozialisierungswünsche aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt, von dem sie länger als 10 Jahre befallen waren. Wie aus dem Gemetzel des Weltkrieges sich der leidenschaftliche Ruf: Nie wieder Krieg! erhob, so entsteht aus den Wirrnissen und unsäglichen Qualen dieser Krise das kreatürliche Verlangen: Nie wieder Krise durch sozialistischen Wirtschaftsumbau! Dieses vage Verlangen zu konkreten Zielvorstellungen zu verdichten, es zu kristallisieren zu klaren, unmittelbar möglichen programmatischen Maßnahmen, ist die historische Mission der Sozialdemokratischen Partei in dieser Stunde. Sich gegen den Kapitalismus wendende und über ihn hinausgehende Sehnsucht gibt es auch außerhalb unserer Reihen, mit dem Entstehen von Kommunismus und Nationalsozialismus sind wir nicht mehr das einzige Gefäß, das solche Stimmungen und Sehnsüchte aufammelt. Symbolik eines fernen, jenseits des Kapitalismus liegenden Endziels ist in mannigfacher Schattierung auch bei andern heute zu finden, deren Träume sich einem Sowjetdeutschland oder einem nebelhaften Dritten Reich zuwenden. Ueber Sehnsucht und Traum hinaus aber gibt es bei uns — und nur bei uns — noch ein Drittes: das Wissen um die Wege, die zum Ziel hinführen. Neben der Metaphysik des letzten gibt es bei uns die klare Erkenntnis des ersten und nächsten Schrittes, der getan werden muß, damit einmal der letzte möglich wird. Für jene Sektenmagie und Etappenbegeisterung, für uns politisches Frontenglück!

Antwort des ADGB. an den Reichsarbeitsminister

Der Herr Reichsarbeitsminister hat am 24. September in einem Interview Stellung genommen zu den sich aus der Durchführung der letzten Notverordnung ergebenden Streitfragen. Er vertritt die Auffassung, daß ein Streik der Belegschaften gegen die Durchführung der Lohnkürzungen mit der Friedenspflicht der Tarifträger kollidiere.

Wir haben in aller Öffentlichkeit dargelegt, inwieweit unseres Erachtens eine völlig klare Rechtslage in diesen Fällen hinsichtlich der Friedenspflicht besteht, so daß Abwehrbewegungen sehr wohl im Rahmen der zur Zeit geltenden Gesetze auch die Unterstützung der Gewerkschaften finden könnten. Diese unsere Auffassung wird geteilt von zahlreichen namhaften deutschen Arbeitsrechtlern. Wenn der Herr Reichsarbeitsminister eine andere Auffassung vertritt, so steht eben Rechtsauffassung gegen Rechtsauffassung, über die zu entscheiden Aufgabe der Arbeitsgerichtsbarkeit ist. Insoweit gibt uns das Interview keine Veranlassung zur Stellungnahme.

Anders jedoch, wenn der Herr Reichsarbeitsminister versucht, die Arbeitslosen gegen die in Arbeit Stehenden auszuspielen. Er sagt, daß er grundsätzlich nicht geneigt sei zu glauben, daß eine erhebliche Zahl von Arbeitern, die noch einen Arbeitsplatz haben, wegen einer geringen Lohnkürzung den „Arbeitslosen, die mit ihren Frauen und Kindern lange genug gedurft haben, das Recht auf Arbeit und den Eintritt in das Arbeitsverhältnis verwehren wollen“. Wir müssen

uns mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Unterstellung wenden. Die deutschen Arbeiter haben seit langem im Hinblick auf die Notwendigkeit, Erwerbslose wieder in die Betriebe zu ziehen, von der deutschen Regierung die generelle und weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Sie forderten die allgemeine Vierzigstundenwoche. Angesichts der in der Regierung und bei den Arbeitgebern obwaltenden Bestrebungen, das deutsche Lohnniveau zu senken, waren sie sich im klaren, daß die von ihnen geforderte Arbeitszeitverkürzung nicht kompensiert werden würde durch einen Lohnausgleich. Wenn sie trotzdem immer und immer wieder und leider vergeblich von der Regierung energische Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit verlangten, so boten sie damit dem gesamten deutschen Volke das Beispiel einer großzügigen Klassenolidarität, einer Solidarität der in Arbeit Stehenden mit ihren arbeitslosen Genossen, wie sie noch zu keiner Zeit irgendeine Klasse in Deutschland geboten hat. Wogegen sich die Arbeiter wenden, ist, daß nunmehr durch die Notverordnung, die mit einem erheblichen Lohnausfall verbundene Herabsetzung der Arbeitszeit zu gleicher Zeit noch zu einer Senkung des Tariflohnes führen soll. Ihr Arbeitseinkommen soll von zwei Seiten her beschränkt werden. Die Arbeiter wissen überdies, daß diese durch Notverordnung ausgesprochene Lohnkürzung zu einem weiteren Verfall an Kaufkraft und damit zu einer Gefährdung jedes Arbeitsbeschaffungsprogramms, auch des

„Der Zimmerer“

will die Verbandskameraden schnell und zuverlässig über alle Gewerkschaftsfragen informieren. Sorgt deshalb, daß die Verbandszeitung pünktlich und wöchentlich kolportiert wird.

Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung, führen muß, um so mehr, als dieser Lohnabbau sich keineswegs auf die Betriebe lokalisiert, die durch Mehreinstellung ein Recht auf Lohnabbau herleiten zu können glauben. Die Arbeiter wissen weiter, daß die Durchführung dieses Teils der Notverordnung den Tarifvertrag aufs höchste gefährdet, weil er künftig seine Funktion, eindeutig und klar den Lohnsatz festzusetzen, nicht mehr erfüllt. Es handelt sich also nicht darum, daß die zur Zeit beschäftigten Arbeiter den Arbeitslosen den Arbeitsplatz verwehren „wegen einer geringen Lohnkürzung“. Wären alle Bevölkerungskreise zu den Opfern bereit gewesen, die die arbeitende Bevölkerung im Interesse der Gesamtheit bereits gebracht hat, es stände besser um Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Wenn sie Lohnkürzungen ablehnt, so deshalb, weil sie für sich und damit auch für die Millionen der Arbeitslosen zugleich die Grundlagen ihrer Existenz und des deutschen Arbeitsrechts verteidigt.

Der Vorstand des ADGB. hat sofort nach der Ankündigung der Notverordnung durch den Reichskanzler Stellung genommen. Er hat einmütig festgestellt, daß die Gewerkschaften die mit den Plänen der Reichsregierung verbundene Absicht, den Tariflohn nach erfolgten Neueinstellungen zu senken, bekämpfen werden. In seiner Entschloßung heißt es ausdrücklich: „Überdies ist der Bundesvorstand der Ansicht, daß das von der Regierung verfolgte Ziel, den Anreiz zu Neueinstellungen von Arbeitskräften zu geben, auch erreicht werden würde, wenn es mit der im Plan der Reichsregierung vorgesehenen Zahlung der Prämie von 400 M für jeden neuingestellten Arbeiter sein Bewenden hätte. Im Rahmen des Gesamtplans der Regierung kann auf die Kürzung der Löhne verzichtet werden, ohne den von der Regierung erwarteten Effekt des Plans zu schmälern.“

Um jede Mißdeutung zu vermeiden, sei noch einmal ausdrücklich bemerkt, daß sich die Abwehrbewegung nicht gegen den Gesamtplan richtet, sondern gegen den Teil, der unter Einbruch in den Tarifvertrag die Löhne senken will.

Unrichtig ist auch die Erklärung des Ministers, daß die gegen einen Lohnabbau gerichteten Bestrebungen der Gewerkschaften mit den von den deutschen Arbeitern in Genf erhobenen Forderungen „in unlösbarem Widerspruch“ stehen. Die deutschen Gewerkschaften sind zusammen mit den Gewerkschaften aller

Länder eingetreten für eine möglichst schnelle internationale Durchführung der Vierzigstundenwoche. Dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts lag das Verlangen der italienischen Regierung nach Einberufung einer diesbezüglichen Arbeitskonferenz vor. Der Vorschlag gieng ausdrücklich von der Erwägung aus, daß zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise nicht nur eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig sei, sondern auch ein Ausgleich der Löhne erfolgen müsse, weil sonst die Kaufkraft der Massen zu sehr geschwächt werde. Die deutsche Regierung will durch ihre Notverordnung zu einer starken Verkürzung der Arbeitszeit drängen. Zu gleicher Zeit will sie aber — und das ist das Entscheidende — diese Verkürzung der Arbeitszeit verbinden mit einer Senkung der Löhne. Die Abwehrbewegung der deutschen Arbeiter gefährdet daher nicht im mindesten die auf eine internationale Verständigung gerichteten Arbeiten in Genf. Was sie aufs schwerste gefährden könnte, wäre jedoch das Beispiel der deutschen Regierung, die zur Arbeitszeitverkürzung den Lohnabbau fügt.

Wir streiten nicht darum, inwieweit eine Abkehr vom Tarifvertrag „die Stellung der deutschen Gewerkschaften erschüttert“. Der kollektive Arbeitsvertrag wird erschüttert durch die Notverordnung. Nicht nur, daß er seine Funktion, eindeutige Lohnsätze festzulegen, einbüßt, sondern auch weil die vollkommene Verschiebung des Konkurrenzverhältnisses der Betriebe zueinander bei den Unternehmern die Tendenz auslösen wird, vom Tarifvertrag loszukommen, und sei es durch Austritt aus den Arbeitgeberorganisationen, die Träger des Tarifvertrages sind. Verbindlicherklärungen sollen nicht mehr ausgesprochen werden selbst in Fällen, wo es die soziale Lage einer ganzen Arbeitergruppe im sozialen Interesse notwendig machen würde. Wie die Allgemeinverbindlicherklärung zur Zeit gehandhabt wird, zeigt eine der jüngsten Entscheidungen des Reichsarbeitsministers, die die Allgemeinverbindlicherklärung eines Lohntarifs in der Landwirtschaft ablehnt, da „der Wochenlohn von 10,20 M in der Spitze für den männlichen Arbeitnehmer bei voller Kost und Wohnung bei den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu hoch erscheint“. Geht an dieser Einstellung des Reichsarbeitsministeriums in vielen Fällen die tarifvertragliche Regelung zugrunde, so werden damit keineswegs die Gewerkschaften „erschüttert“.

Grundsätzliches zur Werbearbeit

Die Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften und ihre Zielsetzung machen es erforderlich, daß die Gewerkschaftsfront mit allem Nachdruck zu stärken und zu festigen ist. Nur starke Gewerkschaften können die in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zur Entscheidung stehenden Aufgaben im Interesse der Arbeiterklasse maßgebend beeinflussen und eine Endlösung herbeiführen. Diese Erkenntnis muß Allgemeingut werden; sie muß bei der nun beginnenden Werbearbeit für die Gewerkschaften vorangestellt werden.

Es ist sicherlich heute sehr viel schwerer, Werbearbeit für die Gewerkschaften zu leisten, als vor dem Kriege. Die Generation, die es heute für den Gewerkschaftsgedanken zu gewinnen gilt, wurde vornehmlich nach 1900 geboren. Schon 1925 waren — das zeigen die Ermittlungen über Lebensalter und Mitgliedschaftsdauer der Verbandsmitglieder — rund 31 % aller Verbandsmitglieder nach 1900 geboren. Sie waren also bei Kriegsausbruch noch schulpflichtig. In den letzten sieben Jahren haben nach den Feststellungen der Handwerkskammern rund 42 000 junge Menschen unsern Beruf erlernt. Wieviel davon Verbandsmitglieder geworden sind, entzieht sich

unserer genauen Kenntnis. Es ist jedoch bestimmt damit zu rechnen, daß in diesen Jahresklassen relativ sehr viele Unorganisierte festzustellen sind. Ganz allgemein kann behauptet werden, daß das künftige Rekrutierungsgebiet des gewerkschaftlichen Nachwuchses vornehmlich in den Kreisen der nach 1900 Geborenen zu suchen ist.

Nun ist der Mensch, der 1914 und später beruflich tätig wurde, ein ganz anderer als der glückliche, der die „goldenen Jahre“ der Vorkriegszeit im Beruf miterlebt hat. Krieg, Inflation, die Maschine und nicht zuletzt die veränderten politischen Verhältnisse haben dieser Generation ihren Stempel aufgedrückt. Die Psyche und die Mentalität dieser Generation sind eine ganz andere geworden. Ebensowenig, wie der Mensch der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts mit dem der Jahrhundertwende zu vergleichen ist, kann man die heutige Generation mit der vor 30 Jahren in Vergleich stellen. Es würde den Rahmen des Aufsatzes weit übersteigen, wollte man versuchen, nun in Einzelheiten diesen veränderten Menschen darzustellen. Die Tatsache kann jedenfalls niemand bestreiten, daß die von Krieg, Inflation,

Rationalisierung und von den politischen Auswirkungen unserer Zeit beeinflussten Jugend die Welt anders sieht, fühlt und erlebt, wie das die Generation der beruflich schon in der Vorkriegszeit Tätigen kennengelernt hat.

Bei der Werbearbeit muß dieser Tatsache Rechnung getragen werden. In dieser Zeit der größten Arbeitslosigkeit, die wir jemals im Beruf festzustellen hatten, wird das Schwergewicht der Werbearbeit nicht mehr wie ehemals im Betrieb liegen. Die Werber müssen vielmehr die Unorganisierten in der Wohnung aufsuchen. Um bei der vorgenannten Werbearbeit Erfolg zu haben, muß der Funktionär mit ganz andern Argumenten ausgerüstet sein als der Werber der Vorkriegszeit. Er muß die Agitation auf die Psyche des zuwerbenden abstellen. Den Zahlstellenvorständen obliegt die Pflicht, gerade die Werber nach dieser Richtung hin sehr sorgfältig auszuwählen.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß erst einige technische Voraussetzungen für die erfolgreiche Werbearbeit geschaffen werden müssen. Den Zahlstellen obliegt es, das Adressenmaterial und die Personalien der Unorganisierten genau und gewissenhaft zu sammeln und zu registrieren. Von dieser Grundlage ausgehend, müssen jene geeigneten Maßnahmen in die Wege geleitet werden, die unsere Werbearbeit erfolgversprechend gestalten.

Wer in der Werbearbeit Erfolg haben will, der muß das Ziel der Werbearbeit konkret darstellen. Es ist zweifellos richtig, daß wir möglichst lückenlose Organisationsverhältnisse erstreben, das heißt, daß wir die amtlich ermittelte Zahl der Erwerbstätigen im Zimmergewerbe restlos gewerkschaftlich erfassen wollen. Als Endziel mag diese Forderung berechtigt sein. Für die praktische Werbearbeit muß das Ziel schon konkreter abgesteckt sein. Es ist psychologisch nur zu verständlich, daß man sich für ein Ziel, dessen Verwirklichung in allzu weiter Ferne liegt, nicht mit Begeisterung einsetzt. Auch der gewerkschaftliche Kämpfer in der vordersten Linie muß klar erkennen, daß der Ansturm auf eine bestimmte Position erfolgversprechend ist. Bestehen die leisesten Zweifel, daß das gesteckte Ziel nicht erreicht wird, dann ist kein Mensch für Aktionen, mögen sie heißen, wie sie wollen, zu begeistern. Wir müssen also das Ziel

unserer Werbearbeit konkretisieren. Wir müssen weiter der kleinsten organisatorischen Einheit im Verband, der Zahlstelle, bestimmte agitatorische Aufgaben stellen, deren Lösung im Rahmen einer bestimmten Frist möglich und erreichbar ist.

Wie soll das geschehen? Auf Grund unserer Feststellungen waren am Schluß des 1. Quartals 1931 933 Zahlstellen vorhanden. Wenn sich jede Zahlstelle innerhalb einer bestimmten Frist die Werbung von nur drei Mitgliedern zum Ziel setzt, so ergibt sich eine Mitgliederzunahme von insgesamt 2799. Man muß jedoch noch einen Schritt weitergehen. Man soll in allen Zahlstellen einen zeitlich abgegrenzten Werbeplan aufstellen. Was soll die Zielsetzung in diesem Werbeplan sein? Die Gruppierung unserer Zahlstellen gibt dabei einige Fingerzeige. Wie sich die Mitgliederzahl unseres Verbandes auf die einzelnen Zahlstellen verteilt und welche Werbeaufgaben den einzelnen Zahlstellen gesteckt werden, zeigen wir an folgender Tabelle:

Zahlstellen	Mitgliederzahl	geforderte Neuaufnahmen
59	bis 10	2
140	11 „ 20	3
119	21 „ 30	4
207	31 „ 50	5
204	51 „ 100	6
118	101 „ 200	10
34	201 „ 300	15
15	301 „ 500	20
26	501 „ 1000	50
11	mehr als 1000	100

Dieses vorläufig ganz konkrete Werbeziel muß bis zum — nun, sagen wir 31. Dezember 1932 erreicht werden. Es ist notwendig, daß eine Art Wettstreit veranstaltet wird. Sobald eine Zahlstelle das Werbeziel erreicht hat, soll sie öffentlich im „Zimmerer“ bekanntgegeben und dem erfolgreichen Werber persönliche Worte der Anerkennung gezollt werden. Niemand, der in der Werbearbeit Erfahrung hat, wird bestreiten, daß die Erreichung eines derartigen konkreten Werbeziels, die Lösung dieser Aufgabe für die Zahlstellen möglich und durchführbar ist. Der Gesamteffekt ist nach obigem Schema für den gesamten Verband eine Mitgliederzunahme von 7663. Wenn wir so vorgehen, dann werden unsere Werbeerfolge stark gesteigert werden können.

Dem Zugang an Wohnungen stand im 1. Halbjahr ein Abgang von 2700 Wohnungen durch Abbruch, Brände usw. gegenüber, so daß sich ein Reinzugang von 18 500 Wohnungen (im Vorjahre 52 700) ergab.

Auch die gewerbliche Bautätigkeit weist einen katastrophalen Rückgang auf. Vom Januar bis Juni wurden insgesamt 1900 Nichtwohngebäude mit 3,3 Millionen Kubikmeter umbauten Raumes fertiggestellt. Noch im Jahre zuvor wurden rund 2600 Nichtwohngebäude mit einem umbauten Raum von 5,7 Millionen Kubikmeter errichtet. Nach der Größe des umbauten Raumes ist ein Rückgang von rund 43 % gegenüber dem Vorjahre eingetreten. Noch katastrophaler ist der Rückgang bei den Bauerlaubnissen, die nur 55 % der Bauerlaubnisse des Vorjahres ausmachen. Alles in allem ergibt sich eine bisher noch nie gekannte Schrumpfung der Bautätigkeit.

Die Mittel, die von der Reichsregierung für Bauzwecke zur Verfügung gestellt werden, sind in Anbetracht der katastrophalen Lage der gesamten Bauwirtschaft völlig ungenügend. Es besagt gar nichts, wenn die Reichsregierung in ihrem großen Wirtschaftsprogramm für Hausreparaturen 50 Millionen Mark auswerfen will. Auf den Kopf der Bevölkerung betragen diese Zuschüsse noch nicht einmal

1 M. Die in Aussicht gestellten Zuwendungen von 400 Millionen Mark, die der Hausbesitz in Form von Steuerersparnissen erhalten soll, können sich zunächst noch nicht auswirken, weil ja die Steuerscheine erst vom 1. Januar 1933 in den Verkehr gebracht werden können. Mit diesen lächerlich geringen Summen wohl der Hausbesitz etwas anfangen; denn schließlich sind diese Summen reine Steuergeschenke, die in ihrer Auswirkung nur den Besitz erhalten und dadurch dem Hausbesitz zugute kommen. Eine nennenswerte Entlastung des baugewerblichen Arbeitsmarktes durch die geringfügigen, der Form nach völlig unzulänglichen und verfehlten Subventionen des Althausbesitzes wird der Arbeitsmarkt nur unwesentlich entlastet werden. Was dem Baugewerbe fehlt, sind öffentliche Mittel in größerem Ausmaß. Solange die Reichsregierung Osthilfe und Hilfe für die Landwirtschaft für dringender und notwendiger hält, solange die Milliarden dem Unternehmertum in offenen und versteckten Subventionen zur Verfügung gestellt werden, so lange hat die Bauwirtschaft nichts zu erwarten. Die sozialdemokratisch beeinflussten Regierungen des Reiches und der Länder haben doch in ganz anderer Weise für das Baugewerbe gesorgt, wie das die Adelsregierung von Hitlers Gnaden bisher getan hat.

Neuer Goldregen für die Agrarier

Der Reichskanzler von Papen entwickelte sein großes Wirtschaftsprogramm vor dem westfälischen Bauernverein. Der zweite Teil des sogenannten Sanierungswerks wurde vom Ernährungsminister Freiherrn von Braun den bayrischen Bauern vorgetragen. Es ist sicher kein Zufall, daß ausgerechnet landwirtschaftliche Organisationen dazu ausersehen werden, von Reichsministern die ersten Bekanntmachungen über wichtige Gesetzesvorbereitungen entgegenzunehmen. Wenn in beiden Veranstaltungen die Erklärungen der Minister mit stürmischem Beifall angehört wurden, so ist dies hinreichend verdächtig. Wir besitzen eine einseitig orientierte Reichsregierung, die ihren ganzen Stolz darin setzt, der Landwirtschaft gefügig zu sein. Und zu all den großen Liebesgaben, die diesem Teil der deutschen Wirtschaft seit Jahren gewährt wurden, treten nun noch die letzten großen Geschenke. Ein sehr harter Kampf ist gegen diese neuesten Maßnahmen geführt worden. Die Industrie, die Schifffahrt, der Handel, die gesamte städtische Bevölkerung hat gegen die neuen einseitigen Gaben an die Landwirtschaft seit Wochen ernste Verwahrungen eingelegt. Das hat die Regierung nicht im mindesten gehindert, ihrer Liebesgabenpolitik die Krone aufzusetzen.

Nun zu dem Programm selbst. Der derzeitige Minister gegen die Ernährung und für die Landwirtschaft hat Hilfe für die Landwirtschaft in folgenden Punkten zugesagt: Die langfristigen Hypotheken werden auf einen Zinsfuß von 4 % gesetzt. Damit werden die Gläubiger für landwirtschaftliche Kredite in ihrem Einkommen empfindlich geschädigt. Sie büßen 2 % ihrer Zinsen ein. Für andere langfristige Schuldverschreibungen tritt keine Zinssenkung ein. Des weiteren wird eine umfassende Reorganisation der Kreditverhältnisse im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen in Aussicht genommen. Zu diesem Zwecke soll die Preussische Zentralgenossenschaftskasse auf das Reich überführt und mit großen Mitteln ausgestattet werden. Die Landwirte erhalten außerdem den sogenannten Vollstreckungsschutz. Es kann also hinfert kein Landwirt von seinen Gläubigern gezwungen werden, auf dem Wege der Zwangsvollstreckung seinen Verpflichtungen nachzukommen. Das Wichtigste ist aber die Einführung von Kon-

tingenten für landwirtschaftliche Produkte. Verschiedene Sorten Kohl, Tomaten, Zwiebeln, Schnittblumen, Obst, Trauben, Nadelschnittholz und Papierholz, Schlachtrinder, Speck und Schmalz, Butter, Käse, Karpfen, Erbsen, Reisabfälle usw. sollen nur noch im Rahmen gewisser Kontingente eingeführt werden können, d. h. also, daß die Regierung dem Importeur das Recht nimmt, von diesen Produkten so viel einzuführen, wie es die Marktlage erfordert. Mit der Einführung von Kontingenten wird die bisherige Handelspolitik bewußt verlassen und ein Weg beschritten, der für die deutsche Wirtschaft direkt verhängnisvoll werden kann. Ein Land wie das unsrige, das mit 25 Milliarden Auslandsschulden belastet ist, und von andern Völkern verlangt, diese Auslandsschulden in Form einer verstärkten Warenausfuhr abtragen zu können, geht dazu über, die Einfuhr wichtiger Produkte auf ein willkürliches Maß zu beschränken. Die Folge wird sein, daß die betroffenen Länder Gegenmaßnahmen ergreifen und die Einfuhr deutscher Industriewaren zu unterbinden versuchen.

Da Deutschland ein Industrieland ersten Ranges ist und 20 % seiner Bevölkerung von der Ausfuhr industrieller Waren lebt, ist die neueste Wendung der Politik ein Schlag gegen die industrielle Bevölkerung. Die Regierung hat auf der einen Seite durch ein Wirtschaftsprogramm den Versuch gemacht, die Arbeitslosigkeit zu mildern; im gleichen Atemzug geht sie dazu über, die Exportindustrie empfindlich zu schädigen, eine Politik, die totschicklich zur Entlassung von Arbeitskräften führen muß. Und dies alles, weil man den Nationalsozialisten den Wind aus den Segeln nehmen will und um einer bestimmten Interessentengruppe Geschenke zuzuschicken. Die Regierung hat sich trotz aller Proteste zu diesem Schritt entschlossen. Sie wird an dieser Maßnahme nicht viel Freude erleben. Recht bald wird sich herausstellen, daß die Lebensmittelpreise steigen und das Elend der städtischen Bevölkerung noch vergrößert wird. Aber darauf braucht eine Regierung der nationalen Konzentration keine Rücksicht zu nehmen. Desto stärker müssen wir dieser Regierung den Kampf ansagen. Der Wahlkampf bietet die Gelegenheit dazu.

Trostlose Baubilanz 1932

Das Baujahr 1932 hat seinen Höhepunkt bereits überschritten. Sehr deutlich sehen wir, daß sich die Lage des gesamten Baugewerbes, vor allen Dingen aber die der Arbeiter, katastrophal zugespitzt hat. Der Produktionswert des Baugewerbes, der in den letzten Jahren durchschnittlich 8 bis 10 Milliarden Mark jährlich betragen hat, ist nach sehr vorsichtigen Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung für das Jahr 1932 mit höchstens 2 Milliarden Mark in Ansatz zu bringen. Wir glauben, daß die Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung noch reichlich optimistisch sind. Gegenwärtig sind rund 77 bis 80 % aller baugewerblichen Hand- und Kopfarbeiter ohne Beschäftigung. In den besten Baumonaten dieses Jahres ist die Arbeitslosigkeit nicht unter 75 % gesunken. Die Ursachen dieser katastrophalen Lage auf dem Baumarkt nochmals zu schildern erübrigt sich in diesem Zusammenhang. Der Privatkapitalismus ist nicht in der Lage, die Bauwirtschaft mit Hilfe eigener Mittel anzukurbeln. Da die öffentlichen Mittel, die seit Jahren dem Baumarkt zur Verfügung gestanden haben, immer mehr gedrosselt wurden, und weiter, daß die für Bauzwecke bereitgestellten öffentlichen Mittel aus den Erträgen der Hauszinssteuer nicht für Bauzwecke, sondern zu allgemeinen Etatzwecken Verwendung finden, brachte es mit sich, daß das Baugewerbe völlig zum Erliegen kommen mußte. Welche Form der Rückgang der Bautätigkeit im 1. Halbjahr 1932 angenommen hat, zeigt sich am deutlichsten in der Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts. Vom Januar bis Juni wurde rund die Hälfte weniger an Wohnräumen erstellt als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Das Gesamtergebnis der Wohnungsbautätigkeit des ersten Halbjahres blieb gegenüber der des Vorjahres bei den gesamten Wohnungsbauten um 49 %, bei den Bauaufträgen sogar um 56 % zurück.

Die eingetretene Verminderung im Wohnungsbau ist vornehmlich auf die Reduzierung der öffentlichen Mittel zurückzuführen. Während noch im Juli 1931 rund 12 524 Wohnungen oder 92 % der erstellten Wohnungen überhaupt mit Hilfe öffentlicher Mittel errichtet wurden, ging diese Zahl im Juni 1932 auf 1897 erstellte Wohnungen und 48 % der Wohnungen überhaupt zurück. Aus diesen beiden Zahlen ergeben sich der katastrophale Rückgang der Wohnungswirtschaft und die völlige Unfähigkeit der Privatwohnungswirtschaft, um das Wohnungsprogramm zu lösen.

Der Anteil der Kleinwohnungen an den fertiggestellten Wohnungen, der in den letzten Jahren ständig zugenommen hatte, ist im Vergleich zum Vorjahre kaum verändert. Von 100 Wohnungen enthielten ein bis drei Wohnräume (einschließlich Küche) im 1. Halbjahr

1927	31,2	1930	49,5
1928	38,6	1931	53,6
1929	41,1	1932	53,5

Dagegen werden seit der Loslösung der Baufinanzierung von der öffentlichen Hand in steigendem Maße Klein- und Einfamilienhäuser errichtet. Von sämtlichen 4232 erstellten Wohngebäuden waren im 1. Halbjahr 1932 56 % Kleinhäuser mit ein bis vier Wohnungen gegenüber 39 % im 1. Halbjahr 1931. Der Anteil der Einfamilienhäuser ist von 22 % im 1. Halbjahr 1931 auf 45 % im Jahre 1932 gestiegen. Sie enthielten 12 % aller erstellten Wohnungen.

Kampf dem Wohlfahrtsstaat! Dieser Kampf der Junkerregierung von Papen muß die Millionen der Werktätigen mobilisieren. Jedes Gewerkschaftsmitglied muß seine Umwelt über die Pläne der Reaktion aufklären. Kameraden, kämpft für ein freies, nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit regiertes Deutschland!

Zur Werbearbeit für unsern Verband

Eignet sich die gegenwärtige Zeit der wirtschaftlichen Krise zur Werbearbeit für unsere gewerkschaftliche Organisation? Diese Frage aufwerfen, heißt sie beantworten. Es ist eine alte gewerkschaftliche Erfahrung, daß in Zeiten guter Konjunktur gewerkschaftliche Werbearbeit leichter mit Erfolg geleistet werden kann als in Krisenzeiten. Jede gute Konjunktur zieht mehr Arbeitskräfte in die Betriebe, und noch immer war der Betrieb der geeignetste Boden für erfolgreiche gewerkschaftliche Werbearbeit.

Im Betrieb sind die Arbeiter zu gemeinsamem Wirken verbunden. Alle Arbeiter leiden in gleicher Weise, wenn die Arbeitsverhältnisse im Betrieb schlecht und die Löhne gedrückt sind. Gemeinsam empfundene Bedrückung führt zu gemeinsamer Abwehr. Der einzelne kann sich schwer dem gemeinsamen Willen entgegenstellen. So ergibt sich der günstige Boden für die gewerkschaftliche Werbearbeit im Betrieb. Sofern die Konjunkturlage günstig ist und durch gewerkschaftliche Tätigkeit die Arbeitsverhältnisse verbessert werden können, ist es nicht allzu schwer, unorganisierte Mitarbeiter für den Verband zu gewinnen.

Anders liegen die Verhältnisse in der Zeit der wirtschaftlichen Krise. Sobald die Arbeit nachläßt und die Arbeitsplätze in den Betrieben verweisen, ändern sich in den Betrieben die Voraussetzungen für die erfolgreiche gewerkschaftliche Werbearbeit. Das Unternehmertum beginnt in solchen Zeiten Auslese unter den Arbeitern zu halten. Zur Entlassung kommen recht oft die Arbeiter, die sich energisch für die Gewerkschaft einsetzen. Durch solche Maßnahmen wird die gewerkschaftliche Werbetätigkeit ungünstig beeinflusst. Die schlechte Wirtschaftslage und die Furcht, den Arbeitsplatz zu verlieren, legen manchem Arbeiter Zurückhaltung bei der Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen auf. Es ist keine Frage, daß sich Krisenzeiten immer zuungunsten der Gewerkschaften auswirken. Außerdem setzt aber auch der ständige Rückgang der Betriebsbelegschaften der Werbearbeit in den Betrieben Grenzen.

Wie sollen nun die nicht beschäftigten Arbeiter fernerhin gewerkschaftlich beeinflusst werden? Sofern sie noch Mitglieder der Gewerkschaften sind, ist die Frage nicht problematisch. Durch die wöchentliche Zustellung der Verbandszeitung, durch das sonstige gewerkschaftliche Leben bleiben sie mit der gewerkschaftlichen Bewegung verbunden. Doch allzulange Arbeitslosigkeit erzeugt auch bei manchem beschäftigungslosen Mitglied eine Stimmung, die von gewerkschaftlichen Gesichtspunkten wenig erfreulich, aber erklärlich ist. Oft werden die Gewerkschaften für Verhältnisse verantwortlich gemacht, die eine Folge der Krise sind. In ihrer Ueberzeugung schwankend werdende Mitglieder müssen der Organisation unbedingt erhalten bleiben. Das Ziel muß sich jede Organisationsleitung als dringlichste Aufgabe stellen. Bisher ist zwar schon alles mögliche geschehen, um die Arbeitslosen an die Organisation zu fesseln; durch die Gewerkschaftspresse, Versammlungen und sonstige Veranstaltungen ist jede Aufklärungsmöglichkeit mit mehr oder minder gutem Erfolg zur Anwendung gekommen. Je länger die Krise anhält und je länger die erwerbslosen Mitglieder dem Berufsleben entfremdet werden, um so stärker wirken sich gegengewerkschaftliche Tendenzen in ihren Lebensverhältnissen aus. Diese Tatsache zwingt die Gewerkschaften zu ständiger Beschäftigung mit der Frage, wie solche Mitglieder dem Organisationsleben erhalten werden können. Aber auch die unorganisierten Berufsangehörigen müssen dauernd durch die Gewerkschaften ermittelt und durch entsprechende Beeinflussung aufgeklärt werden, um sie dem Organisationsleben wieder zuzuführen.

Daraus ergibt sich die notwendige Folge, daß die gewerkschaftliche Werbearbeit nicht auf den Betrieb beschränkt bleiben kann, sondern auch außerhalb der Betriebe stattfinden muß. Es soll

jeder Berufsangehörige, der noch Anspruch auf Berufsarbeit erhebt, gewerkschaftlich organisiert sein. Deshalb ist die jetzige Zeit der Arbeitslosigkeit auszunutzen zur Verbreitung und Vertiefung der gewerkschaftlichen Gedankengänge. Die gegenwärtige Zeit zwingt geradezu die Arbeiter zum Zusammenschluß und zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Auch der Arbeitslose darf nicht beiseitestehen. Wenn Werbearbeit im Betrieb bei in Arbeit Stehenden in erster Linie in Frage kommt, so müssen arbeitslose Berufsangehörige durch Hausagitation erfaßt werden.

Kommt der Schütz gezogen . . .

Mit jenem Schütz, den Schiller in seinem Wilhelm Tell „mit dem Pfeil dem Bogen, durch Gebirg und Tal“ ziehen läßt, wollen wir uns im „Zimmerer“ nicht beschäftigen. Wir sind keine Literaturhistoriker, sondern Gewerkschaftsmenschen, und deshalb interessieren uns die Ausführungen, die der Verbandsdirektor Dr. Schütz vom Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes in der „Deutschen Tiefbau-Zeitung“ Nr. 38 gemacht hat, zunächst mehr als die Stellen im „Wilhelm Tell“. — Schon in der Nr. 37 der „Deutschen Tiefbau-Zeitung“ hat Dr. Schütz angekündigt, daß die neuen Notverordnungen vom 4. und 5. September in der nächsten Nummer veröffentlicht werden. Nun ist das geschehen. Soweit die allgemeinen Bestimmungen interpretiert werden, entsprechen sie dem Wortlaut und dem Sinne der genannten Notverordnungen. Aber damit begnügt sich Herr Dr. Schütz nicht. Er interpretiert die Bestimmungen der Notverordnungen so, wie man das von einem Unternehmervorteiler nicht anders verlangen kann, nämlich einseitig zugunsten seiner Verbandsmitglieder. Aus dem ellenlangen Artikel wollen wir nur einiges herausgreifen. Den § 7 der Verordnung vom 5. September, der die Frage der Betriebsgefährdung und die damit verbundene Senkung der Lohn- und Gehaltssätze regelt, legt Dr. Schütz höchst sonderbar aus. Er teilt seinen Verbandsmitgliedern mit: „Es muß der Nachweis erbracht werden, daß allein die hohen Löhne oder Gehälter schuld an der mißlichen Lage des Unternehmens sind...“ Er folgert daraus, „daß der fragliche § 7 entweder nur für ganz wenige große Betriebe von weittragender wirtschaftlicher Bedeutung Anwendung finden kann, oder daß er für ganze Gewerbezweige oder Berufsgruppen Anwendung findet, deren Wettbewerbsbedingungen gleichgelagert sind“. Hier deutet Dr. Schütz an, was ihm vorschwebt. Diese Äußerungen lassen erkennen, daß dem deutschen Tiefbaugewerbe die brutalen Eingriffe in das Tarifrecht noch nicht weit genug gehen. Auch daß der Schlichter in Streifällen zu entscheiden hat, paßt Dr. Schütz gar nicht. Seinem bedrückten Herzen macht er in folgendem Satz Luft: „Bedenklich muß es weiterhin erscheinen, daß durch die beiden Verordnungen der Schlichtungsapparat, der nach den bisherigen Absichten der Reichsregierung zwar gesetzlich vorhanden, aber möglichst wenig in Anspruch zu nehmen sei, nunmehr wieder in den Vordergrund der Sozial- und Wirtschaftspolitik gerückt wird. Es wird also eine Behörde, deren Tätigkeit schon in den letzten Jahrzehnten als für die freie Wirtschaft untragbar erklärt wurde, verewigt und mit unbeschränkten neuen Vollmachten ausgestattet, die die Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit bisher nicht aufzuweisen hatte.“

Was Dr. Schütz hier schreibt, ist maßlos übertrieben. Wenn die gewiß nicht arbeiterfreundliche, sondern im Gegenteil bis auf die Knochen sozial-reaktionäre Papen-Regierung diese kleine Sicherung einbaut, um zu verhindern, daß die Unternehmer wenigstens gewisse Formen bei der Ausplünderung der Arbeiter zu wahren haben, dann ist die Aufregung von Dr. Schütz wirklich unberechtigt.

Dr. Schütz ärgert sich auch, daß die Notverordnung vom 5. September nur auf

Kameraden, schwer ist in dieser Zeit solche Arbeit! Trotzdem darf die Werbearbeit für die Organisation nicht unterbleiben. Sehr leicht sind aber in der heutigen Zeit die Gründe zu finden, die den unorganisierten Berufsangehörigen von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugen können. In allen Zahlstellen muß die gegenwärtige Zeit benutzt werden, die Werbearbeit für unsere Organisation einzuleiten. Der Erfolg wird bei guter Vorbereitung, richtigem Kräfteinsatz und Ausdauer nicht ausbleiben.

Aktivität, Disziplin und Einigkeit sind die Voraussetzungen für künftige gewerkschaftliche Erfolge.

tarifvertragliche Lohnsätze abgestellt ist. Dann schreibt er weiter: „Nötigt sie (die Notverordnung) die beteiligten Wirtschaftskreise, Tarifverträge zu unterhalten, auch solche, die als untragbar erkannt sind und durch Kündigung aufgehoben werden sollten...“ In diesen Worten spiegelt sich die Tarifvertragsfeindlichkeit des von Dr. Schütz geführten Unternehmerverbandes wider. Es ist kein Geheimnis, was Dr. Schütz hierbei preisgibt. Dr. Schütz stellt fest, daß die Macht der Gewerkschaften durch die neuen Notverordnungen gesteigert worden ist. In den weiteren Ausführungen malt Dr. Schütz den Teufel an die Wand. Er weiß sehr genau, daß die von seinem Verband bisher getriebene Lohnpolitik eine derartige Erregung in der Arbeiterschaft hervorgerufen hat, daß Arbeitskämpfe die unausbleibliche Folge sein werden. Pathetisch ruft er am Schluß dieses Abschnitts aus: „Die Entscheidung kann also sehr wohl lauten: entweder Arbeitskämpfe oder Verzicht auf die Möglichkeiten der Verordnung vom 5. September 1932.“

Es wird schon richtig sein, wenn Dr. Schütz meint, daß sich aus der Notverordnung „unübersehbare Reibungen ergeben“. Es wird auch richtig sein, daß wir mit allen Mitteln versuchen werden, die vernichtenden Auswirkungen der Notverordnungen auf die Familien der Arbeiter zu vereiteln, soweit das in unsern Kräften steht. Im Tiefbau, den Dr. Schütz zu vertreten hat, werden heute schon Löhne gezahlt, die viel schlimmer sind als Hungerlöhne. Daß sich die Arbeiter und vor allen Dingen ihre berufenen Vertreter, die Gewerkschaften, gegen eine weitere Herabsetzung dieser indischen Kullilöhne wehren, kann ihnen wirklich niemand übel nehmen. Es ist ein Gebot der Selbsterhaltung, daß man sich gegen diese ungeheuerlichen Zumutungen sträuben muß.

Die Tätigkeit der internationalen Unternehmerverbände

Das Internationale Jahrbuch der Sozialpolitik für 1931 enthält wieder umfangreiches Material über das immer mehr anschwellende Gebiet der sozialen Bewegung auf internationaler Basis. Ueber die internationale Gewerkschaftsbewegung wird eingehend berichtet. Auch über die internationalen Verbände der Unternehmer enthält das Jahrbuch einiges Material. Zwar ist dies nicht so umfangreich wie über die Verbände der Hand- und Kopfarbeiter, was darin seine Ursache hat, daß die Unternehmerverbände mehr im Halbdunkel gedeihen. Die Spitzenorganisation der überstaatlichen Unternehmerverbände ist der Internationale Verband der industriellen Arbeitgeber (O. I. E. I.). Ueber die Tätigkeit dieser Organisation erfährt man nichts. Es wird berichtet, daß im Berichtsjahr die üblichen Zusammenkünfte stattfanden. Die katholischen Arbeitgeberverbände Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, der Niederlande und der Tschechoslowakei haben beschlossen, eine ständige Stelle zur Veranstaltung internationaler Kongresse ihrer Verbände zu schaffen. Von katholischen Arbeitgeberverbänden innerhalb Deutschlands ist bis jetzt noch wenig bekannt geworden. Hierzulande haben wir von konfession-

nellen Unterschieden innerhalb der Arbeitgeberverbände noch nichts gemerkt. Das Jahrbuch berichtet weiter über den Internationalen Kongreß der Baumwollindustrie, den Internationalen Verband für Bauwesen und öffentliche Arbeiten, den Internationalen Verband der Seidenindustrie, die Internationale Konferenz der Wollindustrie und die Zusammenkunft der Arbeitgeberverbände für die nordischen Staaten. — Interessant ist es zu beobachten, daß bereits in fast allen Industriestaaten Unternehmerverbände bestehen oder solche gegründet werden. Das Jahrbuch enthält Material über die Arbeitgebervereinigungen in 18 verschiedenen Ländern. Ueberall ist ein reges Verbandsleben zu beobachten. Die Angaben sind auch hier naturgemäß sehr kurz. Immerhin geht daraus hervor, daß die Unternehmer selbst in zurückgebliebenen Ländern, wie Bulgarien, Kuba, Indien usw. sich zu Landesorganisationen zusammenschließen, um mit Hilfe von geschlossenen Organisationen ihre Interessen zu verteidigen. Das liberale Zeitalter scheint überall sein Ende erreicht zu haben. In allen Gegenden der Erde wird versucht, durch den Zusammenschluß zersplitterter Kräfte organisatorische Machtkomplexe zu schaffen. Das Internationale Arbeitsamt hat auf das Organisationswesen der Großindustrie befruchtend eingewirkt. Nach und nach bilden sich überall feste Fronten zwischen Kapital und Arbeit. Für die Gewerkschaftsbewegung aller Länder muß aus der Entwicklung der Schluß gezogen werden, daß es keineswegs an der Zeit ist, die Hände in den Schoß zu legen. Es ist leichter, die weit geringere Zahl der Unternehmer in geschlossenen Organisationen zu sammeln, als die viel größere Menge von Arbeitern und Angestellten zusammenzufassen. Der Eifer der aufgeklärten Elemente in unsern Reihen muß verdoppelt werden, damit es gelingt, den geschlossenen Organisationen der Unternehmer eine gleiche Macht entgegenzusetzen.

Das ist ein Skandal!

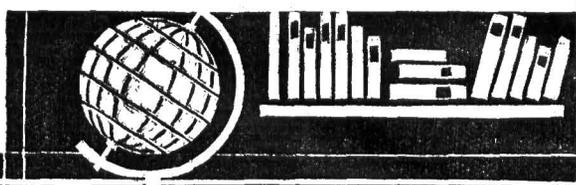
„Der Deutsche“ berichtet über den nachstehenden Skandalfall:

Ein Berliner Professor der Medizin besitzt irgendwo östlich der Elbe ein sogenanntes Frühstück-Gut (Landsitz nach vornehmer Leute Art). In Berlin betreibt er seine gute Praxis und einige Polikliniken. Das Landgut ist ein kostspieliger Luxusartikel und verschlingt ebensoviel Geld wie die sonstigen Passionen seines Besitzers. Unter vielen andern Schulden finden sich auch einige tausend Mark Mieteschulden für seine Polikliniken. Rettung bringt die Osthilfe. Der Herr Professor geht mit seinem Luxusgut in das Sicherungsverfahren. Er bekommt einen in Berlin wohnenden Diplomlandwirt als Treuhänder bestellt. Die Unkosten des Treuhänders gehen bekanntlich allen andern Zahlungen voran.

Und nun die Wirkung: Weil der Herr Professor mit seiner Luxusklitsche ins Sicherungsverfahren ging, sind die Mieteschulden für die Berliner Polikliniken nicht eintreibbar. Die Hauswirte dürfen den Herrn Professor weder in den Berliner Kliniken noch in seiner Berliner Luxuswohnung pfänden lassen. Schließlich teilt der Treuhänder den Mietegläubigern mit, daß bei Durchführung des Entschuldungsverfahrens irgendwelche Abzahlung rückständiger Mieten nicht geleistet werden könne. Im „Sanierungsplan der Landstelle dürfte Ihre Forderung entsprechende Berücksichtigung finden“. Unterdessen macht der Herr Professor weitere Schulden.

Das ist die Osthilfe. — Soweit „Der Deutsche“. Es wird gewiß nicht der einzige Fall bleiben. Tausende großer und kleiner Gauner werden nun bestrebt sein, die Notverordnung in ihrem Sinne auszunutzen. Arme Handwerker und Arbeiter werden um ihren Lohn oder um Material und Verdienst betrogen werden. Die „grundsätzlich neue Methode“ der Regierungskunst wird den Aermsten der Armen weitere Kosten aufbürden, während die besitzenden Schichten bei der Ausräuberung des Volkes den Schutz und die Hilfe der Obrigkeit genießen.

UNTERHALTUNG & WISSEN



Jungzimmerer machen Kirmesmusik

Von Otto Reschbeil

In einem Dorf in der Sächsischen Schweiz. Meine Geldverhältnisse erlauben es mir, nein sie mußten es mir gestatten, einen vollen Tag in den Bergen zuzubringen. Ich bin nun manchmal gern allein — und dann fliehe ich zu den schweigenden Riesen, um deren Hüften heute morgen der Nebel noch wallte.

Diese Schweigsamkeit in den Wäldern, die Ruhe, tut gut. Noch viel schöner wirken Wald und Feld, wenn so ein Dunsel mit seiner braunen Hitler-Hungeruniform dahergelatscht kommt. Ein wirkliches Ekel geht damit durch die Natur.

Also Sächsische Schweiz. Rast in einem Gasthof zur Mittagszeit. Den Urlaubsgästen wird gerade zu Tisch aufgetragen. Ich kann annähernd deuten, was auf den Tellern für gute Sachen liegen. Meine vor mir liegende Speisekarte gibt mir Auskunft. Da steht, nur für mich geschrieben: Gänsebraten, Entenbraten, Rehkeule und dann noch die andern verschiedenen Bratensorten, die höchst selten in einem proletarischen Haushalt vorkommen. Natürlich Kompott nebst Suppe, und für die Frauen eine Portion Eis hinterher, nicht zu vergessen.

Ich sage euch, solche Gerüche machen einen toll, zumal man seine Rinden, höchst unterernährt beschmiert, dabei verdrückt.

Ich mustere diese Leute — jetzt schieben sie ihren vollgestopften Bauch in die Rückenlehne des Stuhles. Nur zuweilen geben sie sich einen Ruck, damit sie das Weinglas erreichen, um das viele Fett hinunterzuspülen — um sich aber dann gleich wieder in blauen Dunst zu hüllen, der von dicken Zigarren auströmt.

Dieses Unbesorgtsein dieser Leute, nur die Beine unter den Tisch zu stecken, — und all das auszuführen, was ihnen beliebt: vielleicht ein kurzes Mittagsschlächten nach dem schweren Essen, und wenn es hoch kommt, einen kleinen Spaziergang vor das Dorf, ein Stück in die Berge — und das etliche Wochen lang.

Ich beneide nicht ihr Geld. Aber das nagende Gefühl riß wieder im Innern, ob dieser Ungerechtigkeit: Die, die Erholung brauchen, leben in kümmerlichen Verhältnissen — also haben es nicht und die es nicht brauchen, na, die haben es eben. Die Welt steht ja schon von jeher Kopf. Und Papen hat in seiner großen Rede, die er unter seinen Freunden in Münster gehalten hat, gesagt:

„Ich glaube an ewige Rechtsnormen, die auf dem altpreußischen Grundsatz beruhen: Jedem das Seine.“

Na, da haben wir's. Und wenn es ein Papen sagt, dann muß es schon wahr sein. Aber wir wollen hier keine Wirtschaftstheorien entwickeln, sondern wir befinden uns in einem Gasthaus an der Sächsischen Schweiz.

Horch! In das friedliche Bild eines Dorfes am Sonntag dringt auf einmal Musik. Eigentlich hatte ich es schon mehrmals herübersummen hören. Und da kommen schon die Musikanten die Dorfstraße hinunter. Der Ziehbalg dröhnt und ächst. Eine Schar Kinder auf den Fersen.

Allgemeines Hälsedrehen der Gäste. Schon sind sie da.

Und bei dem Anblick dieser drei Musikanten verwandelt sich das Bild in eine einzige Lache. Man lacht über den einen von den dreien, der eine Großmutter auf seinen Bauch gebunden hat. Eine wirkliche Großmutter aus Hänsel und Gretel. Die Brille auf den beiden Backenknochen ruhend. Lange rote Nase. Die zwei giftigen vorstehenden Zähne. Zerzaustes Haar.

Die Arme dieser Großmutter sind auf dem Rücken des Musikanten geschnallt, die ein langer Bratenrock verdeckt, aber immerhin einen komischen Buckel hinter-

lassen, als wäre das Gesäß des Musikanten nach oben gerutscht. Die Befne dieser Großmutter baumeln nach vorn wie zwei Pfähle, an deren Enden man zweierlei Latschen angeklebt hat.

Als Hosenbekleidung des Musikanten diente ein großer schwarzer Kittel, wo nur die spitzen Schuhe des Betreffenden hervorschauen. Den Kopf zierte ein steifer Hut.

Das war der eine.

Die andern zwei hatten ihre alltägliche Kluft an.

Die mitgebrachten Instrumente bestanden aus zwei Ziehbälgen und einem Schlagbaum.

Dieser Schlagbaum war ebenfalls aus „angeschwemmtem Zeuge“ entstanden. Denn unter der Farbe der Trommel schaute noch stark die eingemachte Sorte von marinierten Heringen hervor. Die Saiten, die über die Trommel zu den Schlagtellern führten, waren hundertprozentiger Bindedraht eines Maurers.

So stellen sich die drei vor.

Sie verbeugen sich artig. Ihre Eiersieder schlagen einen wundervollen Kreisbogen vom Kopf zur Erde.

Die Ziehbälge krümmen sich, der Schlagbaum hackt komisch dazwischen. Und der mit der Großmutter auf den Bauch gebunden, vollführt jetzt wirklich einen Hexentanz um die Tische der Gäste. Rumba, Foxtrott, Walzer, alles durcheinander, wechselt ab. Und die Großmutter wackelt mit den vorhängenden Beinen, alles lacht.

Das hier eingenommene Geld von Gästen war wirklich annehmbar, nebst einem Kuchenpaket vom Wirt.

Und da stand auf einmal einer von den dreien hinter mir. Unsere Blicke treffen sich. Mein Blick fällt sofort auf die Schlipsnadel, die von der Garderobe etwas versteckt schien.

Also Zimmerleute, meine Berufskameraden, durchzuckte es mich blitzschnell.

„Guten Tag, Kamerad!“ — Meine Hand suchte die des andern.

„Du auch, Kamerad!“ klang es freudig von den Lippen des andern.

„Jawohl!“ klang es von mir zurück. Unsere Hände schüttelten sich heftig.

„Nun, wir trinken doch eins zusammen“, lud ich die drei ein, an meinen Tisch zu kommen.

Na, das Halloh in diesem Gasthaus. Der mit der Großmutter auf dem Bauche mußte, ehe er sich überhaupt setzen konnte, dieselbe abbinden. Endlich lag das Ding unterm Tisch.

Die Zunft, der Verband, sie leben hoch! Unsere Gläser klangen. Ein Stück Zimmerhandwerk ward an diesem Tisch besprochen.

„Mensch, wir müssen weiterziehen, denn heute ist Kirmes hier, heute sitzen die Geldstücke etwas lockerer in den Taschen als sonst.“ Und schon band jener seine Großmutter auf den Bauch. Und fort zogen sie in das Dorf.

Noch lange hörte ich ihre gespielten Melodien durchs Dorf.

Es waren drei Jungzimmerer, die draußen auf dem abgeernteten Felde eine Scheuche geplündert hatten, dieselbe etwas in Schwung brachten, und dann in diesem Zustand zur Kirmes spielten und sangen. Die Ziehbälge hatten sie von einem hiesigen Kameraden.

Immerhin: man muß sich zu helfen wissen.

Eisberge

Zu den herrlichsten Erlebnissen gehört es, auf sonnenbestrahltem Meer einem Eisberg zu begegnen. Mit spitzen Zinnen und Türmen wie ein bizarrer Schloßbau bewehrt, gleitet das riesenhafte Gebilde

vorüber, von der Sonne mit glitzernden, in Farben spielenden Lichtern übergossen. Aber die Seeleute auf der Kommando- brücke des Schiffs sehen die wunderbare Erscheinung nicht gern; bedeutet sie doch für jedes Schiff eine große Gefahr.

Der Allgemeinheit ist diese Gefährlichkeit der Eisberge in ihrer ganzen Größe erst durch die furchtbare Katastrophe bekannt geworden, die den englischen Riesendampfer „Titanic“ am 14. April 1912 ereilte. Das Schiff, das seine erste Fahrt machte und als „unsinkbar“ bezeichnet war, ging nach Zusammenstoß mit einem Eisberg in der Nähe der Neufundlandbänke unter und nahm 1500 Menschen mit sich in die Tiefe. Viele, viele andere Opfer haben die schwimmenden Berge schon gefordert, namentlich in jener Gegend, die das Grab der „Titanic“ wurde, weil die Erscheinung dort besonders häufig ist.

Die Eisberge entstammen den riesigen Gletschern des Polargebietes, namentlich Grönlands, das auf einer Fläche, doppelt so groß wie das deutsche Reich, vollkommen mit Eis bedeckt ist. Die Gletscher sind in ständiger Bewegung; sie bilden gewaltige Eisströme, die mit Geschwindigkeiten bis zu 30 Meter an einem Tag sich zur Küste hinschieben. In den tief eingeschnittenen Buchten brechen dann von den vordersten Teilen des Eisstroms kolossale Stücke ab, die ins offene Meer hinausschwimmen. Die Gletscher kalben, wie man sagt.

Die Zahl der zu gleicher Zeit auftretenden Eisberge ist gerade auf der Reiselinie der großen transatlantischen Dampfer in gewissen Perioden sehr groß. Es ist vorgekommen, daß ihrer an einem Tag 300 bis 400 gezählt worden sind. Ihre Nähe ist für die vorbeifahrenden Schiffe darum besonders bedrohlich, weil nur ein geringer Teil der Eismasse, ungefähr ein Achtel, aus dem Wasser ragt; niemand kann wissen, wie weit oft der ungeheure Fuß sich unter dem Meeresspiegel ausstreckt. Ferner treten durch das ständige Abtauen der südwärts treibenden Blöcke Verlagerungen des Gesamtschwerpunkts ein, die ein plötzliches Umkippen der Masse verursachen können. Leicht kann dann das Schiff von einer Eiskante oder doch von der sehr kräftigen Woge getroffen werden, die durch Aufschlagen großer Flächen entsteht. So suchen die Schiffe die Nähe von Eisbergen, die sich schon von weit her durch starke Herabsetzung der Temperatur bemerkbar machen, möglichst zu vermeiden, und sie teilen sich mittels eines ausgedehnten Meldedienstes gegenseitig das Herannahen von Eismassen mit.

Erstaunlich ist die Größe, die diese schwimmenden Berge manchmal erreichen. 50 bis 60 Meter über Wasser sind nichts Ungewöhnliches. Das Segelschiff „Präsident Thiers“ begegnete im November 1896 Eisbergen, die 150 Meter hoch waren. Sie bedeckten das Meer in einer Breite von 37 Kilometer, so daß das Schiff lange Zeit durch die Sperrre aufgehalten wurde. Im Jahre 1893 bildete sich an der patagonischen Küste, also im Südmeer, eine Eisbank, die an 300 Kilometer lang gewesen sein soll. Fast ein Dutzend Schiffe scheiterten an diesem riesigen Hindernis.

Die gewaltigste Zusammenballung schwimmenden Eises, die je beobachtet wurde, ist wohl die Eisbarriere, auf die der berühmte Südpolarfahrer J. C. Roß auf einer seiner Expeditionen stieß. Er hielt sie für eine Küstenlinie; sie ist aber später nie wieder aufgefunden worden, muß also beweglich gewesen sein. Diese schwimmende Eismasse hatte eine Länge von vielen hundert Kilometern.

Ein recht boshafter Geselle

Hin und wieder kann der Druckfehlerteufel außerordentlich boshaft sein, besonders dann, wenn er sich an einer Stelle einschleicht, wo die Sache dann eine doppelzünge Bedeutung erhält. So was ist nun peinlicherweise kürzlich dem „Hamburger Tageblatt“, einem amtlichen Naziblättchen, passiert. In dem Bericht über die Verurteilung der Altonaer Bankräuber kann man schwarz auf weiß lesen, daß Hitler zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Schau euch an, nicht zu glauben! Es war natürlich der Angeklagte Hipler gemeint.

Wir haben aber auch noch über weitere Bosheiten des Druckfehlerteufels zu berichten. In den „Harburger Anzeigen und Nachrichten“, Nummer 272, steht:

Vereine und Veranstaltungen
Armeeersch-Abend des Stahlhelms.

Ob das Programm wenigstens dieser Ankündigung entsprechend auf Klosettpapier gedruckt war?

In der „Kolberger Zeitung für Pommern, Nummer 152, stand diese Anzeige: „Ihre Verlobung geben bekannt Anna Rennhak — Johannes Kramer, Psalm 38, 8.“ Schlägt man die Bibel auf, dann findet man an der angegebenen Stelle den Spruch: „Denn meine Lenden verdorren ganz und ist nichts Gesundes an meinem Leibe.“ In letzterem Falle hat der Druckfehlerteufel die Nummer des Psalms verkehrt angegeben. Er ist wirklich ein Schelm, dieser boshafte Geselle.

Kommt ein Vogel geflogen...

Im Anzeigenteil der Nummer 25 des „Zimmerer“ veröffentlichten wir ein Inserat. Die Leser wurden darin aufgefordert, falls sie die bildliche Darstellung richtig deuteten, sich an einer ohne Unkosten und mit verlockenden Gewinnen ausgestatteten Verlosung zu beteiligen. Eßzimmer- und Wohnzimmer-einrichtung, Fahrräder, Photoapparate, eine große Anzahl von Trostpreisen in reizender Ausführung sollten den glücklichen Gewinner für die Mühen der Lösung des Bilderrätsels entschädigen. An sich sah die Anzeige ziemlich harmlos aus. Sie wurde uns von einer parteigenössischen Anzeigenexpedition übermittelt und auch von uns einwandfrei befunden und veröffentlicht. Nun stellt sich heraus, daß die Sache doch etwas mulmig ist. Zuschriften aus den Kreisen unserer Leser bestätigen das. Viele unserer Leser haben das nebenbei bemerkt kinderleichte Bilderrätsel gelöst und dem Versandgeschäft triumphierend mitgeteilt, daß das Bild die bekannte Volksweise „Kommt ein Vogel geflogen“ darstelle. Die Firma versicherte in allen Fällen, daß sie einen Trostpreis (zwei Kaulbach-Bilder) erhalten hätten. An Portokosten und sonstigen Aufwendungen müßten jedoch bestimmte Summen, gewöhnlich 2 bis 3 M., eingezahlt werden. Den meisten kam die Sache schon eigenartig vor; sie haben den Betrag nicht eingeschickt. Daraufhin hat die Firma die Durchführung der weiteren Angelegenheit wieder einer andern Firma übertragen. Von dieser neuen Stelle aus erhielt der Gewinner die Mitteilung, daß er eine Flurgarderobeneinrichtung in Schrankform, vierteilig, Modell 1932, gewonnen habe und daß dieser Gewinn gegen Erstattung der Unkosten von 9,80 M. abgegeben werde. Unsere Informationen haben ergeben, daß die Gegenstände, die den Gewinnern gegen Entgelt angedreht werden sollten, durchaus nicht dem Wert entsprechen, der allein für Verpackung und Spesen in Anrechnung gebracht wird. Wir warnen also dringend alle, die es angeht, der Firma keinerlei Barbeiträge zu überweisen.

*

Die wirtschaftliche Einigung Europas kommt mit Notwendigkeit — und ebenso als Reaktion, die Friedenspartei.

(„Der Wille zur Macht“)

Jubiläums-Verbands-Taschenkalender 1933

Der Verbands-Taschenkalender 1933 ist als Jubiläumsausgabe herausgegeben worden. Bestellungen sind umgehend bei den Zahlstellenvorständen aufzugeben. Der Preis ist erheblich herabgesetzt. Der Kalender kostet 45 Pfennig.

Hakenkreuzbanditen zerstören Verbandseigentum!

Die Vorgänge in Eckernförde sind durch die politische Tagespresse hinreichend erörtert worden. Die „aufbauwilligen nationalen Kräfte“ sind vor einigen Wochen in das Gewerkschaftshaus in Eckernförde eingedrungen und haben dort gehaust wie die Scharen Attilas. Eine Landarbeiter-Funktionärkonferenz, die dort tagte, hatte es ihnen angetan. Einige hundert braungebe Hakenkreuzbanditen sind in das Gewerkschaftshaus eingedrungen und haben dort gewütet im buchstäblichen Sinne des Wortes. Ein Landarbeiter-Funktionär wurde von den Kameraden Hitlers ermordet, eine Reihe weiterer Gewerkschaftsmitglieder schwer verletzt. Das gesamte Inventar des Gewerkschaftshauses und sehr viel Eigentum der Gewerkschaften wurde von den blind wütenden Horden in sinnloser Weise zerstört. Auch die alte Fahne des Maurer- und Zimmerergewerks wurde in Fetzen gerissen, der Fahnenstange demoliert, die alten Zunftgegenstände vernichtet. Die sehr wertvolle Fahne aus der Zunftzeit hatten unsere Kameraden seither wie ein Kleinod gehütet. Nun ist alles dem Wüten der Hakenkreuzbanditen zum Opfer gefallen. Die „aufbauwilligen nationalen Kräfte“ haben wieder einmal gezeigt, daß sie die Blüten der Nation sind. Wehe der deutschen Arbeiterklasse, wenn es diesem hakenkreuzgeschmückten Mordgesindel gelingen würde, in Deutschland die Mehrheit zu erreichen. Trotz der bestialischen Mordtaten, die in Eckernförde begangen wurden, und trotzdem die Hakenkreuzbanditen wüteten wie die Scharen des Hunnenkönigs Attila kamen sie vorm Gericht verhältnismäßig glimpflich davon. Zu Zuchthausstrafen wurde nicht ein einziger verurteilt.

Reichszuschüsse für Instandsetzungen und Umbauten von Wohngebäuden

In der Notverordnung vom 5. September wurde ein Betrag von 50 Millionen Mark angegeben, der für Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden, zur Teilung von Wohnungen und für den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen verwendet werden soll. Diese Reichszuschüsse sollen dem Hausbesitzer einen Anreiz geben, Umbauten und Instandsetzungsarbeiten vornehmen zu lassen. Der Arbeitsmarkt sollte dadurch entlastet und die Wirtschaft angekurbelt werden. Kurz und gut, die 50 Millionen Reichsmark werden unter die Hausbesitzer verteilt, ob sie aber auch noch den Zweck erreichen, den Reichskanzler von Papen in seinen Reden immer anführt, daß dadurch das private Kapital einen Anreiz bekommt, von sich aus Arbeiten in Auftrag zu geben, um den Arbeitsmarkt zu entlasten, ist fraglich.

Am 17. September sind die näheren Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen über den Verteilungsplan der 50 Millionen Reichsmark erlassen worden. Danach werden den Hausbesitzern nicht mehr wie früher nur Zinszuschüsse für aufgenommene Darlehen gewährt, sondern die Gelder sollen unmittelbar als Beihilfe zu den Gesamtkosten, die der Umbau beträgt, gegeben werden. Eine Rückzahlung des Betrages wird nicht gefordert. Es handelt sich also für den Staat um einen verlorenen Zuschuß. Bei Instandsetzungsarbeiten, worunter Erneuerungen der Dachrinnen und Abfallrohre, Umdecken des Daches, Erneuerungen im Treppenhaus, Beseitigung von Hausschwamm und ähnlichen, einen größeren Kostenaufwand erforderliche Arbeiten zu verstehen sind, beträgt der Zuschuß ein Fünftel der gesamten Kosten. Der Zuschuß wird ohne Rücksicht darauf gewährt, in welcher Weise der übrige

Teil der Kosten aufgebracht ist. Es macht keinen Unterschied, ob es sich um entlehene oder um eigene Mittel des Grundstückseigentümers handelt.

Eine viel größere Begünstigung als bei Instandsetzungsarbeiten wird dem Hauseigentümer für Teilung von Wohnungen und beim Umbau sonstiger Räume zu Wohnzwecken gewährt. Er trägt 50 % der dafür aufgewendeten Kosten, im Höchstfalle 600 M für jede Teilwohnung. Betragen also zum Beispiel die Kosten der Teilung einer Wohnung in zwei Wohnungen 2000 M, so erhält der Hausbesitzer 1000 M als Zuschuß. Betragen die Kosten zum Beispiel 2400 M, so erhält er 600 M, den Höchstsatz für jede Teilwohnung, also insgesamt 1200 M. Bei der Teilung von Wohnungen ist Voraussetzung, daß durch die Teilung zwei oder mehr Wohnungen geschaffen werden. Jede Wohnung muß für sich abgeschlossen sein. Nach den Erläuterungen gilt eine Wohnung für abgeschlossen, wenn eine eigene Küche sowie die erforderlichen Nebenräume vorhanden sind und die Wohnung nach Möglichkeit einen eigenen Zugang hat. In den Fällen, wo ein eigener Zugang nicht geschaffen werden soll, kann der Zuschuß trotzdem gewährt werden.

Der Teilung der Wohnung steht der Umbau sonstiger Räume zu einer oder mehreren Wohnungen gleich. In den Ausführungsbestimmungen wird auch noch vom Umbau sonstiger Räume, die gewerblichen Zwecken dienen, gesprochen. Somit ergibt sich daraus, daß bei Umbauten dieser Art ebenfalls die Zuschüsse gewährt werden, wie sie schon oben angegeben sind. Das Reichsministerium der Finanzen hat die Länderregierungen angewiesen, die notwendigen Stellen zu schaffen, wo die Hauseigentümer ihre Umbauten anmelden können, um den Zuschuß zu erhalten. Die Länderregierungen werden in kürzester Zeit nähere Anweisungen geben.

Mit dieser Hilfsaktion, die die Reichsregierung in ihrem Wirtschaftsprogramm mit eingenommen hat, werden den Hausbesitzern wieder namhafte Mittel auf Kosten der Allgemeinheit zugeführt. Wie die Landwirtschaft, so erhält auch der Hausbesitz ständig Subventionen, die nur auf Kosten der Steuerzahler aufgebracht werden, die aber nicht im geringsten zu einer namhaften Ankurbelung der Wirtschaft mit beitragen werden.

Verbandsnachrichten

Bekanntmachungen

Zentralvorstand Jahrbuch 1931

Die Zahlstellenvorsitzende haben vor einigen Tagen unser Jahrbuch 1931 erhalten. Wir ersuchen, diese Schrift der Zahlstellenbibliothek einzureihen.

Kassengeschäftliches

Das 3. Quartal ist mit dem 24. September beendet. Mit diesem Datum ist der Bücherabschluß zu vollziehen. Die Abrechnung für die Hauptkasse ist sofort aufzustellen, nachdem die Zahlstellenbücher von den Revisoren geprüft worden sind. Bis zum 15. Oktober sind Belege und Barbeiträge der Hauptkasse zu übermitteln.

Nach dem Beitragskalender ist die in diesem Jahre fällige 53. Beitragswoche bereits im 3. Quartal zu erheben. Wo es versäumt worden ist, muß es im 4. Quartal als 40. Woche unbedingt nachgeholt werden.

Warum arbeitslos?

In diesen Tagen werden den Zahlstellenvorständen eine Broschüre „Warum arbeitslos? Heraus aus dem Elend“ zuge-

stellt. Die sehr wirkungsvolle, vom ADGB. herausgegebene Broschüre verdient die größte Aufmerksamkeit aller Funktionäre und Mitglieder. Wir ersuchen die Zahlstellenvorstände, die Broschüre zum Gegenstand der Diskussion in den Versammlungen zu machen.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen

Lohndifferenzen in der Altmark

Wenn irgendwie eine Möglichkeit besteht, die Löhne der Bauarbeiter abzubauen, dann fehlen sicherlich nicht die Unternehmer in der Altmark. Nachdem bei den Nachverhandlungen in Berlin am 26. Mai dieses Jahres im Reichsarbeitsministerium die Unternehmer in der Altmark durch ihren Syndikus ihre Zustimmung zu dem Schiedsspruch vom 2. Mai gegeben hatten, glaubten die Bauarbeiter in der Altmark, daß nun auch bis zum Ablauf des Tarifvertrages für sie die Lohnfrage erledigt sei. Sie hatten nicht mit der Notverordnung vom 4. und 5. September 1932 gerechnet. Die Ausnutzung dieser Bestimmungen durch die Bauunternehmer der Altmark war selbstverständlich zu erwarten. Obgleich die Altmärker Bauunternehmer in Scharen den Arbeitgeberverband verlassen haben, glauben sie trotzdem, daß sie bei Durchführung der Bestimmungen der Notverordnung nicht fehlen dürfen. Aus Osterburg wird gemeldet, daß die Unternehmer von ihrem Syndikus bereits Anweisungen erhalten haben, die Löhne entsprechend der Notverordnung abzubauen. Im Augenblick ist noch nicht zu übersehen, wie stark wir als Zimmerer davon betroffen werden. Jedenfalls werden unsere Kameraden in der Altmark sich auf einen Abwehrkampf einrichten müssen.

Lohndifferenzen in Wernigerode

Aus der Zahlstelle Wernigerode wird uns gemeldet, daß die Firma Boswau & Knauer, Berlin, Filiale Brandenburg an der Havel, in Elbingerode größere Baulichkeiten ausführt. Auch diese Firma glaubt, daß sie auf Grund der Notverordnung den ohnehin geringen Lohn von 73 $\frac{1}{2}$ pro Stunde noch weiter herabsetzen muß. Zugute kommt der Firma, wie allen andern Unternehmern, daß sie ja auf Grund der Notverordnung auswählen kann, welchen Stichtag sie zur Berechnung ihrer Belegschaftszahl anwenden will. War die Belegschaftsziffer im Durchschnitt der Monate Juni—Juli—August geringer als am 15. August, dann wird sie selbstverständlich diesen Stichtag nehmen. Das hat natürlich auch die Firma Boswau & Knauer getan und gibt durch Anschlag bekannt, daß der Lohn für Zimmerer für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde auf 37 $\frac{1}{2}$ ermäßigt ist. Trotzdem die Firma lange vor Erlass der Notverordnung den Bau berechnet und abgeschlossen hat, ist es ihr möglich, auf diese Weise bedeutende Summen zu ersparen. Die Belegschaft hat deshalb beschlossen, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, bis die Firma den tariflichen Lohn für alle Arbeitsstunden zahlt.

Erfolgreicher Abwehrkampf in München

Aus München wird gemeldet, daß bei den Firmen Leonhard Moll, Stöhr, Liebergessell, Albert Schmidt, Riebel, Gerstner & Abeles von den Bestimmungen der Notverordnung Gebrauch gemacht wird. Auch hier sind unsere Kameraden nicht gewillt auf die in diesem Frühjahr bereits erfolgte Lohnkürzung noch einmal eine so starke Minderung ihres Einkommens hinzunehmen. — Nachdem sich unsere Kameraden zur Wehr setzen, wird mitgeteilt, daß die Firma Liebergessell nach eintägigem Streik den Aushang zurückgezogen hat. Es muß bei einigermaßen festem Zusammenhalt unsern Kameraden möglich sein, auch bei den übrigen Firmen den Lohndruck abzuwehren.

Die Situation in Königsberg i. Pr.

Aus Königsberg i. Pr. wird gemeldet, daß die Unternehmer für das Hochbaugewerbe von ihrem Syndikus

durch Rundschreiben aufgefordert wurden, bei Mehreinstellungen von der Lohnkürzung Gebrauch zu machen. Bis jetzt wurde nur von der Firma Rieck in Quedenau Lohnkürzung vorgenommen. Selbst dem Lehrling hat man seine wenigen Pfennige, die er pro Stunde erhält, noch für die in Frage kommenden Stunden gekürzt.

Arbeitszeitverkürzung in Bielefeld

Im Lohngebiet Westfalen-Ost—Lippe hat der Bezirks-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, mit seinem Sitz in Bielefeld, seine Mitglieder angewiesen, die 40-Stunden-Woche einzuführen. Eine Maßnahme, die bis jetzt von jedem Unternehmersyndikus auf das heftigste bekämpft wurde und wo man bei jeder Verhandlung von seiten der Unternehmer den Nachweis erbringen wollte, daß die 40-Stunden-Woche für das Baugewerbe untragbar sei. Wenn wir uns an die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium erinnern, als es darum ging die 40-Stunden-Woche für das gesamte Baugewerbe durchzuführen, da hat es das Unternehmertum verstanden, der Regierung so klar nachzuweisen, daß das gesamte Baugewerbe vollständig zugrunde geht, wenn von den bisher üblichen 48 Stunden auch nur noch eine Stunde gekürzt wird. Das scheint sich nun geändert zu haben. In dem Augenblick, wo man auf Grund einer derartigen Verkürzung durch Mehreinstellungen Prämien vom Staat einstecken kann, dann ist auch die 40-Stunden-Woche möglich. Vielleicht führt der Beschluß der Bielefelder Unternehmer dazu, daß im gesamten Baugewerbe unsere Forderung auf Einführung der 40-Stunden-Woche durchgeführt wird.

Zahlstellenberichte

Halle a. d. Saale. In der am 16. September stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Oberlehrer Stengel über seine Rußlandreise während der Sommerferien. Der Referent verstand es, ein objektives Bild der gegenwärtigen Verhältnisse zu entwickeln. Mit Interesse wurde der Vortrag entgegengenommen. Aus dem Kassenbericht war zu ersehen, daß die Arbeitslosigkeit sich sehr ungünstig auf die Finanzverhältnisse der Zahlstelle auswirkt. Eine im August durchgeführte Erhebung über sämtliche Bau- und Zimmereigengeschäfte bestätigte die trostlose Lage unserer Kameraden. Es wurden insgesamt 77 Betriebe bearbeitet. Davon waren nur 32 mit Zimmerern besetzt. In diesen 32 besetzten Betrieben arbeiteten 39 organisierte Poliere, Gesellen und Lehrlinge. 543 Mitglieder waren arbeitslos, 37 invalid und 9 krank. Außerdem wurden noch in gemischten Betrieben 16 organisierte Zimmerer ermittelt. Das sind insgesamt 9,1 % der Gesamtzahl der Mitglieder, die noch in Arbeit stehen. Infolge dieses unhaltbaren Zustandes, der bei vielen Kameraden nun schon bald drei Jahre anhält, wird mit Recht die Forderung nach Arbeit immer dringender. Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung wird kaum einer größeren Anzahl Bauarbeiter Gelegenheit geben, wieder Arbeit zu bekommen. Deshalb: Schluß mit dieser reaktionären Wirtschaftsführung! Die Zimmerer werden daher in der vordersten Front für Arbeit und Brot, für die Freiheit kämpfen.

Baugewerbliches

Die Zimmermeister fordern Arbeit

Die Leitung des Bundes Deutscher Zimmermeister hat vor einigen Tagen, einem Beschluß seines Konstanzer Verbandstages folgend, dem Reichskanzler eine Eingabe übermittelt, in der auf die Not des deutschen Zimmerhandwerks hingewiesen wird. Es wird betont, daß 50 % der Zimmereibetriebsinhaber nach dem finanziellen Zusammenbruch ihres Geschäfts Wohlfahrtsunterstützungemp-

Klassenkampf von oben! Die neue Reichsregierung von Papen ist ein Klassenkampf-Kabinet, das die Aufgabe hat, die sozialen Einrichtungen abzubauen und die Rechte der besitzenden Klasse in Staat und Gesellschaft zu stärken. Dieser Interessenregierung des Kapitals gilt unser schärfster Kampf.

fänger geworden sind. In Anbetracht der ungeheuren Not sei es dringend notwendig, daß die Reichsregierung Mittel und Wege finde, um dem deutschen Zimmerhandwerk Arbeitsmöglichkeiten zu kommen zu lassen. Besonders in der Stadtrandsiedlung ergeben sich eine Reihe von Möglichkeiten. Unser Handwerk, der reine Holzhausbau, müsse stärker gefördert werden. Es muß als wirtschaftlicher Widersinn bezeichnet werden, wenn Städte, die über reichen Forstbesitz verfügen, ihre Landsiedlungen in Massivbau ausführen lassen. In Anbetracht der katastrophalen Lage des deutschen Zimmerhandwerks, die inzwischen zu einer unerträglichen materiellen und seelischen Belastung angewachsen ist, ersucht der Bund Deutscher Zimmermeister den Reichskanzler um schnelle und durchgreifende Hilfe im Sinne der detaillierten aufgeführten Vorschläge.

Die Krisenfestigkeit der sozialen Baubetriebe

Die deutsche Bauwirtschaft leidet unter der gegenwärtigen Krise am allerhärtesten. Selbst im Hochsommer dieses Jahres waren die Bauarbeiter zu mehr als drei Viertel arbeitslos. Man kann sich deshalb vorstellen, mit welchen Widerwärtigkeiten die Bauhütten und sozialen Baubetriebe zu kämpfen haben. Die Spitzenorganisation der Bauhütten, der Verband sozialer Baubetriebe, hielt kürzlich den zweiten ostdeutschen Bauhütten-tag in Frankfurt a. d. Oder ab. Der Geschäftsführer August Ellinger gab einen Bericht über die Lage der Bauhütten. Er konnte feststellen, daß die Bauhütten, gemessen an der Gesamtlage der Bauwirtschaft, die Krise bis jetzt gut überstanden haben. Im Jahre 1931 haben über die Hälfte der Betriebe ihre Bilanzen mit Gewinn abschließen können. Naturgemäß waren bei einzelnen auch Verlustbilanzen zu verzeichnen. Im Laufe dieses Jahres hat sich mit der Verschlechterung der allgemeinen Lage auch die der sozialen Baubetriebe ungünstiger gestaltet. Deshalb bemühen sie sich lebhaft, Arbeiten hereinzubekommen. In welcher Weise der Baumarkt angekurbelt werden kann, zeigten die beiden Referenten, Staatssekretär Krüger und der Kollege Eggert vom ADGB. Ersterer sprach über Wirtschaft und Siedlung und letzterer über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften. — Der Ostdeutsche Bauhütten-tag fordert in einer Entschließung die energische Durchführung der ländlichen Siedlung. Die deutschen Bauhütten würden ihre Erfahrungen im Bau- und Siedlungswesen allen Siedlungsträgern gern zur Verfügung stellen. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß Reich und Staat die Bauhütten bei der Durchführung der Siedlungsvorhaben ausgiebig berücksichtigen. Eine zweite Entschließung des Ostdeutschen Bauhütten-tages hält das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung für ungenügend; die Versammlung empfiehlt eine Erweiterung im Sinne der Forderungen der Gewerkschaften, insbesondere die Bereitstellung von Krediten zur Fertigstellung der liegengelassenen Bauvorhaben. Der Bauhütten-tag erwartet, daß die gemeinnützigen und gemeinwirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft bei Uebnahme von Reichsbürgerschaften für Kredite zur Durchführung von Hausreparaturen und Teilung von Großwohnungen genau so berücksichtigt werden wie die privaten Hausbesitzer und Unternehmer. Die Arbeiterschaft ist lebhaft daran interessiert, daß die Bauhütten bestehen bleiben. Deshalb muß sie diese in ihrem berechtigten Vorhaben unterstützen.

Gewerkschaftliches

10,20 Mark Wochenlohn ist zu viel

Die Einstellung der Regierung Papen zur Tarifpolitik und zum Schlichtungswesen wird immer merkwürdiger. Das Reichsarbeitsministerium hat sich jetzt sogar dazu verstanden, die Allgemeinverbindlichkeit eines landwirtschaftlichen Lohns abzulehnen, obwohl sie von beiden Parteien, also sowohl von der Ver-

tretung der Arbeitgeber als auch der der Arbeitnehmer, beantragt wurde.

Es handelt sich um den landwirtschaftlichen Lohn für Nord- und Mittelhannover. Auf den Antrag der an dem Tarif beteiligten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, ihn allgemeinverbindlich zu erklären, erteilt der Reichsarbeitsminister folgenden Bescheid:

„Von der Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Lohns habe ich zunächst abgesehen, da mir der Wochenlohn von 10,20 M in der Spitze für den männlichen Arbeitnehmer bei voller Kost und Wohnung bei den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu hoch erscheint, um ihn Dritten aufzuerlegen. Im Fall einer Aenderung des Lohnsatzes durch die Tarifvertragsparteien würde ich meine Bedenken fallenlassen.“

Da bleibt einem doch einfach die Spucke weg! Diese Mitteilung des Arbeitsministers muß Tausenden die Augen öffnen. Wenn das keine soziale Reaktion ist, dann weiß man nicht, was anders darunter verstanden wird.

Sozialpolitisches

Die kurzfristigen Beschäftigungsverhältnisse

Je schlimmer die Krise ist, desto kurzfristiger werden die Beschäftigungsverhältnisse. Dafür bieten folgende Zahlen des rheinischen Arbeitsmarktes einen schlüssigen Beweis. Im Bereich des Landesarbeitsamts Rheinland fanden Zu- und Abgänge der Arbeitsuchenden bei den Arbeitsämtern statt: 1927: 1,8 Millionen, 1928: 2,1 Millionen, 1929: 2,4 Millionen, 1930 und 1931 je 2,6 Millionen. In den schlechteren Jahren 1930 und 1931 waren die Vermittlungen der Arbeitsämter höher als in denjenigen mit guter Konjunktur. Der Wechsel auf dem Arbeitsmarkt beschränkte sich meistens auf die jüngeren und weiblichen Arbeitskräfte. Bei Eingang neuer Aufträge wurden die benötigten Arbeitskräfte angefordert und bei der Erledigung derselben wieder entlassen. Das Risiko des Auf- und Abstiegs wurde also auf die Allgemeinheit abgewälzt.

Wirtschaftspolitisches

Weitere Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen

Im August ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen sowie die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zwar weiter zurückgegangen, die Zahl der von den Gemeinden und Gemeindeverbänden betreuten Arbeitslosen aber erneut gestiegen. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, sind nach der Erhebung des preußischen Statistischen Landesamts vom 31. August 1932 in Preußen insgesamt 1 662 575 Arbeitslose von den Bezirksfürsorgeverbänden laufend unterstützt worden gegenüber 1 612 801 Ende Juli. Somit ergibt sich im August wieder eine Zunahme um 49 774 unterstützte Arbeitslose oder 3,1 %. In Fürsorge und Notstandsarbeit sowie im freiwilligen Arbeitsdienst befanden sich Ende August 77 324 (Juli 62 791) der von den Gemeinden betreuten Arbeitslosen.

Genossenschaftsbewegung

Wir stehen fest zur Konsumgenossenschaft

Es gibt kein besseres Mittel zur Abwehr aller Angriffe auf die Bestrebungen der Arbeiter- und Angestelltenschaft als die Treue zu dem, was als richtig und notwendig galt und noch zu gelten hat. Es gibt in dieser Zeit der schwankenden Ge-

stalten genug, denen wirtschaftliches Elend das Herz verbitterte und die Fähigkeit zu kühler Ueberlegung raubte. Sie beteiligten sich ehemals an diesen und jenen Bestrebungen der großen, sozialen Arbeiterbewegung, aber ihnen muß doch wohl der Kern des Wesens dieser Bewegung fremd geblieben sein. Nun schwanken sie hin und her, ohne zu erkennen, daß gerade jetzt Standhaftigkeit und Beharrungsvermögen vonnöten sind. Krämerneid und sehr anfechtbare Staatskunst stellten sich auch den Konsumgenossenschaften in den Weg. Zwar wird die Sehnsucht nach Vernichtung der Konsumgenossenschaften nicht erfüllt werden, doch haben diese von den aufbaufähigsten Kräften der ärmeren Verbraucherschaft errichteten Wirtschaftsunternehmungen hart um die Früchte ihrer Arbeit zu kämpfen. Es dürfte in Arbeiter- und Angestelltenkreisen weder Mann noch Frau geben, die ein Erlahmen der Konsumgenossenschaften dulden möchten. Jene Schichten der Bevölkerung, die sich Konsumgenossenschaften zu ihrem Schutz schufen, haben die Arbeitsleistungen von Jahrzehnten zu verlieren. Intelligenz, Organisationstalent, wirtschaftliches Können sind sinnlos vertan, wenn die Konsumgenossenschaften nicht erhalten und gestärkt werden. Festhalten! Feststehen zur Konsumgenossenschaft! Das ist die wirklich zeitgemäße Mahnung an alle, die der Arbeiter- und Angestelltenschaft kulturellen Aufstieg wünschen.

Arbeiterversicherung

Warum Zahnärztekampf gegen Krankenkassen-Zahnkliniken?

Seit Jahren versucht die Organisation der Zahnärzte die in den deutschen Krankenkassen eingerichteten und bewährten Zahnkliniken zu vernichten. Jedes Mittel zur Denunzierung bei den Aufsichtsbehörden (Versicherungsämtern) wird angewandt. Einmal werden die Versicherten angeblich nicht ordnungsgemäß in den Zahnkliniken der Krankenkassen ärztlich betreut, und dann wiederum werden zu hohe Zuschüsse von den Versicherten genommen, so daß sie als gewerbliche Unternehmen zu gelten hätten. Dagegen ergibt sich aus den alljährlichen Berichten der Krankenkassen-Zahnkliniken stets das Gegenteil der von den ärztlichen Bezirksorganisationen erhobenen Anschuldigungen. Einige Berichte der Zahnkliniken weisen statistisch sogar nach, daß die versicherten Kassenmitglieder und deren Familienangehörigen in den Zahnkliniken bis zu 70,50 % billiger behandelt worden sind, als wenn sie durch die Zahnärzte der freien Praxis ausgeführt worden wären. Hierbei sind die Kosten der freien Praxis sogar nach Teil IV der preußischen Gebührenordnung in der Berechnung zugrunde gelegt worden. Es sind also hiernach den Versicherten erhebliche Ausgaben erspart geblieben, was bei der heutigen wirtschaftlichen Not nicht hoch genug anerkannt werden muß. Ueber die sach- und fachgemäße zahnärztliche Behandlung der Versicherten weisen die Jahresberichte ebenfalls nur Erfreuliches auf. Es ist dieses ja auch eigentlich als selbstverständlich anzunehmen; denn der Hauptverband deutscher Krankenkassen setzte sich stets dafür ein, daß die in den Zahnkliniken der Krankenkassen tätigen Zahnärzte und Zahntechniker auch an den eingerichteten Fortbildungskursen teilnehmen. Ebenso wird auch für die als sehr notwendig gehaltene Fachliteratur in den einzelnen Zahnkliniken stets gesorgt. Mithin muß doch allein schon hieraus die Schlußfolgerung gezogen werden, daß gerade die in den Zahnkliniken beschäftigten Zahnärzte und Zahntechniker fachmännisch auf der Höhe sind und zu-

mindest doch das Gleiche leisten können als ihre Berufskollegen der freien Praxis. Hinzu kommt noch fernerhin, daß die Einrichtungen in den geschaffenen Zahnkliniken auch denen der Zahnärzte in freier Praxis zumindest gleich zu achten, wenn nicht noch als bessere anzusehen sind.

Aber darum handelt es sich ja hier ebenfalls absolut nicht, sondern allein nur um den Konkurrenzneid. Daher werden von den Bezirks-Zahnärzteorganisationen auch die vorerwähnten Beschwerden herausgesucht und die Aufsichtsbehörde hiermit belästigt; denn sachlich und rechtlich begründet sind sie niemals. Dem Schreiber dieser Zeilen sind zum Beispiel als langjährigem Versicherungsvorsitzenden keine begründeten Beschwerden dieser Organisation unterbreitet worden, sondern es ist stets das Gegenteil der Fall gewesen, so daß Abweisungen durch das Versicherungsamt und Oberversicherungsamt hierin erfolgen mußten. Diese „Bekämpfer“ der Krankenkassen-Zahnkliniken geben sich aber der Hoffnung hin, daß bei steter unsachgemäßer Beschwerdeführung doch das Ziel der Beseitigung einmal erreicht werden könnte. Es ist daher den Arbeitnehmer-Vorstands- und Ausschußmitgliedern nur weiterhin zu empfehlen, dafür zu sorgen, daß die bisher in den Zahnkrankenkassen-Kliniken vorhandenen guten sach- und fachgemäßen Verwaltungen sich nicht in Zukunft verschlechtern, sondern aufrechterhalten werden. Geschieht dieses, dann werden auch diese von den Zahnärzte-Bezirksorganisationen unternommenen Bekämpfungsmethoden mit Gewißheit „Schiffbruch“ erleiden, was im Interesse aller Versicherten liegen dürfte. R. V.

Arbeitsrechtliches

Gegen die Tarifauflockerung

Die Mitglieder der Papen-Regierung haben wiederholt im Rundfunk betont, daß sie jeden Widerstand gegen die Maßnahmen ihres Wirtschaftsprogramms zu unterdrücken gewillt sind. In der letzten Nummer des „Zimmerer“ veröffentlichten wir eine Pressenotiz, in der Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer die Friedenspflicht, die sich aus den Tarifverträgen ergibt, auch nach Inkrafttreten der Notverordnung bestehen soll, die sich auf die bekannten Lohnkürzungen erstrecken, sollen nach Ansicht der Reichsregierung und der Unternehmer ohne weiteres in die normativen Bestimmungen der tariflichen Abmachungen übergehen. Wir dagegen sind der Auffassung, daß die nach der Notverordnung vom 5. September 1932 jeweiligen Tariflöhne keine Tariflöhne im Sinne einer Friedenspflicht und Durchführungspflicht mehr sind.

So stehen sich zwei Auffassungen gegenüber mit dem Unterschied, daß die von den Gewerkschaften vertretene rechtlich begründet ist, die des Reichsarbeitsministers dagegen jedenfalls vorläufig noch nicht. Die Aenderungen durch die Notverordnungen als geltendes Recht zu erklären oder unsere Auffassung zu akzeptieren, ist Aufgabe der Arbeitsgerichtsbehörden und kann nicht ohne weiteres durch Pressemitteilungen, die von der Regierungsseite kommen, den Gewerkschaften und damit der Arbeiterschaft bedingungslos aufgediktet werden.

In dem bekannten Ruhrkonflikt ist damals von Arbeitgebersseite die Behauptung aufgestellt worden, der Stichtenscheid des Schlichters oder des Schlichtungsausschusses sei unwirksam, weil der Reichsarbeitsminister in der Ausführungsverordnung seine Befugnisse überschritten habe. Diese Auffassung hat das Reichsarbeitsgericht anerkannt. Genau wie damals ist auch heute die Rechtslage, nur mit dem Unterschied, daß wir die Auffassung vertreten, der Reichsarbeitsminister habe die ihm zustehenden Befugnisse, ohne weiteres die Unabdingbarkeit der bestehenden tariflichen Abmachungen außer Kraft zu setzen, überschritten. Auch damals konnte man behaupten, durch die klagenden Arbeitgeber werde ein wichtiger im Interesse der Allgemeinheit liegender Staatszweck unmöglich. Wenn die Ar-

Kameraden aufgewacht!

Die soziale Reaktion, die in der neuen Reichsregierung ihre Verkörperung findet, will einen Anschlag auf die sozialen Rechte der Arbeiter ausführen. Kämpft mit den Gewerkschaften gegen die Pläne der Schlotbarone und der Krautjunker!

beitgeber bei ihrer Rechtsauffassung beharrten und das Reichsarbeitsgericht ihnen Recht gab, so war für die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts nicht das eingewendete Staatswohl und Staatsinteresse der Grund, um wie geschehen, zu entscheiden. Wenn die Gewerkschaften ihre rechtliche Begründung in dem jetzigen Streit, ob der Reichsregierung das Recht zusteht, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung die Eingriffe in die Unabdingbarkeit der Tarifverträge vornehmen zu können, darauf stützt, daß dieser Eingriff gegen Artikel 165 Absatz 1, Satz 2 der Reichsverfassung verstößt, so ist das eine wirkliche Begründung, wogegen die der Reichsregierung sich nur auf das Staatswohl und Staatsinteresse stützt. Welche Stellungnahme die Arbeitsgerichtsbehörden in diesem Rechtsstreitverfahren einnehmen werden, ist noch unbekannt. Namhafte Arbeitsrechtler vertreten die Auffassung der Gewerkschaften, die rein rechtlich gesehen, nur die einzig richtige sein kann.

Die Erklärungen der Regierung und das Toben der Unternehmer gegen den Widerstand, den die Gewerkschaften in den Betrieben entfachen, können die Abwehrkämpfe gegen die ungerechten Eingriffe in das Tarifrecht nicht unterbinden. Die Arbeiterschaft wehrt sich gegen die Uebergriffe, die sich das Unternehmertum auf Grund der Notverordnungen bei der Kürzung der Tariflöhne erlaubt. Gleichzeitig müssen aber die Gewerkschaften mit Entschiedenheit die Vorwürfe zurückweisen, daß durch ihre ablehnende Haltung die Ankurbelung der Wirtschaft gehindert wird. Wenn die von der Papen-Regierung propagierten Erwartungen der Wirtschaftsbelebung nicht erfüllt werden, so trägt nur sie und das Unternehmertum daran die Schuld. Die noch im Betrieb stehende Arbeiterschaft hat schon in vielen Fällen ihre Opferwilligkeit gegenüber den Arbeitslosen kundgetan. Sie weist es entschieden zurück, daß durch die berechtigten Abwehrmaßnahmen, die jetzt überall in Erscheinung treten, den Arbeitslosen die Einreihung in den Arbeitsprozeß vorenthalten werden soll. Das ist eine Verächtlichung, die völlig unbegründet ist und sie wird von der gesamten Arbeiterklasse auf das schärfste verurteilt.

Politische Wochenschau

Einkreisung Deutschlands — Millionengeschenke für die Landwirtschaft — Nationale Front wackelt — Nazi-Aktien unter pari — Eine peinliche Frage — Löblich unterworfen

Die außenpolitische Situation Deutschlands ist durch die Erklärungen einzelner Mitglieder der Reichsregierung und durch die plötzliche Abreise des Außenministers von Neurath in Genf nicht gerade rosiger geworden. Man kann auf der ganzen Linie eine zunehmende Isolierung Deutschlands auf politischem und folglich auch auf wirtschaftlichem Gebiet feststellen. Dieser Zustand trat besonders bei den Verhandlungen über die Abrüstungsfrage und im Völkerbund in Erscheinung.

Der Reichsernährungsminister, Freiherr von Braun, hat sein Programm auf einer Tagung süddeutscher Landwirte in München entworfen. Klar und deutlich zeigt sich, daß die Reichsregierung gewillt ist, den Agrariern in Form von Zöllen und andern Subventionen Hunderte von Millionen Mark in den Rachen zu werfen. In erster Linie sind die Werkstätten die Leidtragenden dieser Politik, denn sie müssen die Kosten hierfür aufbringen. Das System der grundsätzlich neuen Staatsführung zeigt uns, wohin die Reise gehen soll.

Im Lager der nationalen Front gärt es bedenklich. Die Nazioten erscheinen in den Versammlungen der Stahlhelmer und der andern Hugenberg-Gruppen und versuchen, jede Veranstaltung zu stören. In Breslau, Frankfurt a. d. Oder, Berlin, Königsberg und einer Reihe anderer Städte mußte die Polizei die Nationalen vor den

Nationalen schützen. Es ist ein Schauspiel für Götter. Hugenberg arbeitet mit Einstweiligen Verfügungen gegen die Boykottrohungen nationalsozialistischer Führer, die aufgefordert haben, keine nationalen Hugenberg-Blätter mehr zu lesen. Gerichte und die Polizei müssen die nationalen Kampfahnen trennen und gegenseitig schützen.

Die Zahlungsschwierigkeiten nationalsozialistischer Parteigeschäfte sind allorts bekannt. Die Pleite steht vor der Tür. Die braune Banditenarmee Hitlers bekommt scheinbar nur ungenügende Subventionen der Großindustrie, denn alle Zeichen lassen darauf schließen, daß das Unternehmertum seine Zuwendungen andern Gruppen zukommen läßt. Die Nazi-Aktien werden an den politischen Börsen Deutschlands zur Zeit weit unter pari gehandelt.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter des Braunschweigischen Landtags hat eine Anfrage an die Regierung gerichtet, in der um Auskunft ersucht wird, was der braunschweigische Regierungsrat Adolf Hitler, der im Dienste der braunschweigischen Regierung steht und dafür ein horrendes Gehalt bezieht, eigentlich leiste. Es wird eine peinliche Frage sein, die die Nazioten-Regierung in Braunschweig zu beantworten hat.

Der nationalsozialistische Ministerpräsident von Anhalt war am Donnerstag mutiger als am Freitag. Am Donnerstag ließ er verkünden: „Zu Hindenburgs Geburtstag wird nicht geflaggt.“ Am Freitag aber hieß es: „Da jedoch die Möglichkeit besteht, daß diese Stellungnahme zu Weiterungen gegenüber Anhalt führen könnte, hat der Herr anhaltische Ministerpräsident, um Auswirkungen zuungunsten des Landes zu verhüten, sich entschlossen, dem Wunsche der Reichsregierung Rechnung zu tragen.“ Es wird also doch geflaggt! Die Rebellenposse hat keine achtundvierzig Stunden vorgehalten.

Bekanntmachungen

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer Deutschlands

Neuregelung der Beitragsleistung und der Leistungen

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 8. Dezember 1931 mußten Aufsichtsrat und Vorstand die bisherigen Leistungen auf die Regelleistungen herabsetzen. Dadurch fallen auch die Krankenhausbehandlung und das Sterbegeld der Familienmitglieder fort. — Bekanntlich wurde für 40 Wochen Krankengeld gezahlt in der Abteilung A (Ersatzkasse).

Auch sah sich der Vorstand aus den angeführten Gründen veranlaßt, die Beiträge herunterzusetzen.

Nach der eingeführten Regelleistung wird also nur für 26 Wochen Krankengeld respektive Krankengeld gezahlt.

Der Beitrag beträgt in der

	wöchent-lich	Kranken-geld pro Tag	Kranken-geld pro Woche	Sterbegeld
1. Klasse ...	0,42	0,50	3,50	20,—
2. „ ...	0,84	1,—	7,—	40,—
3. „ ...	1,26	1,50	10,50	60,—
4. „ ...	1,68	2,—	14,—	80,—
5. „ ...	2,10	2,50	17,50	100,—
6. „ ...	2,52	3,—	21,—	120,—
7. „ ...	2,94	3,50	24,50	140,—
8. „ ...	3,36	4,—	28,—	160,—
9. „ ...	3,78	4,50	31,50	180,—
10. „ ...	4,20	5,—	35,—	200,—

Das Arbeitgeberdrittel muß der Arbeitgeber dem betreffenden Mitglied bei jeder Lohnzahlung aushändigen.

Durch Genehmigung des Reichsaufsichtsamts ist es den Mitgliedern und Kameraden möglich, sich durch einen wöchentlichen Ergänzungsbeitrag die Leistungen auf weitere 14 Wochen zu sichern.

Für Mitglieder der Abteilung A (Ergänzungsversicherung) beträgt der Zusatzbeitrag mit Familienversicherung in den

Grundlohnstufen 1 bis 4 pro Woche	30 ₤
„ 5 „ 7 „ „	50 „
„ 8 „ 10 „ „	70 „

Versicherungspflichtige Mitglieder der Abteilung A, die eine Ergänzungsversicherung abgeschlossen haben, erhalten als weiteres Sterbegeld in der

	bei einer Mitgliedschaft von 2 bis 8 Jahren	bei einer Mitgliedschaft von 9 Jahren und mehr
1. Klasse ...	10,—	20,—
2. „ ...	20,—	40,—
3. „ ...	30,—	60,—
4. „ ...	40,—	80,—
5. „ ...	50,—	100,—
6. „ ...	60,—	120,—
7. „ ...	70,—	140,—
8. „ ...	80,—	160,—
9. „ ...	90,—	180,—
10. „ ...	100,—	200,—

Durch diese Ergänzungsversicherung ist es auch der Kasse möglich, den Familienmitgliedern Krankenhauskosten und Sterbegeld nach den satzungsmäßigen Bestimmungen zu gewähren.

Familienmitglieder erhalten 13 Wochen ärztliche Behandlung sowie zahnärztliche Behandlung.

Röntgenaufnahmen, Durchleuchtungen und Bestrahlungen werden von der Kasse gewährt.

In die Abteilung A (Ersatzkasse) können eintreten alle Zimmerer sowie jeder im Bauhandwerk beschäftigte Holzarbeiter; dazu gehören auch die Bautischler, sofern sie Türen und Fenster respektive Treppen fertigmachen.

Auch besteht neben der Abteilung A eine Abteilung B (Zuschußkasse), wo nur Kranken- und Sterbegeld nach den satzungsmäßigen Bestimmungen gezahlt wird.

Zu bemerken ist noch, daß die 4. Klasse der Abteilung B erst jetzt eingeführt wurde, damit es den Mitgliedern und Kameraden möglich ist, sich bei uns durch einen niedrigen Beitrag Krankengeld und Sterbegeld zu sichern.

Der Beitrag beträgt in der

	wöchent-lich	Kranken-geld pro Woche	Sterbegeld
4. Klasse ...	0,30	3,—	25,—
1. „ ...	0,60	6,—	50,—
2. „ ...	0,85	9,—	75,—
3. „ ...	1,10	12,—	100,—

In der Abteilung B werden Mitglieder aufgenommen, die schon einer Krankenkasse angehören, wenn diese bei der Aufnahme in Arbeit stehen, gesund und nicht mit chronischen Krankheiten behaftet sind.

Alles Weitere ist aus den Satzungen zu ersehen, die auf Wunsch zugesandt werden.

Prüft nach, Kameraden, wie es mit eurer Krankenversicherung steht! Ist sie schlechter, dann schließt euch eurer Berufskrankenkasse der Zimmerer an. Schon mit 15 Mitgliedern könnt ihr eine Zahlstelle errichten. Genügt die Mitgliedschaft einer Krankenkasse nicht, dann werdet Mitglied der Abteilung B (Zuschußkasse).

Kameraden, beratet darüber in den Versammlungen. Aufnahmematerial und

Auskunft erteilen jederzeit die Ortsverwaltungen sowie der Zentralvorstand der Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer, Hamburg 22, Hamburger Straße 131, II.

Der Vorstand der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer
P. Krause

Briefkasten der Redaktion

Lützenburg, V. C. Durch mangelhaftes Abdecken einer Brunnenöffnung kann, wenn dadurch Personen gefährdet werden, polizeilich eingeschritten werden. Gegen Polizeistrafen ist Einspruch beim zuständigen Amtsgericht zulässig. Es wird aber durch das gerichtliche Verfahren eine Milderung der Strafe nicht eintreten, wenn Du den Nachweis, daß das Unglück ohne Dein Verschulden passiert ist, nicht erbringen kannst.

Apolda und Amberg. Für beide Fragesteller gilt folgendes: Die Richtlinien für die vorstädtische Kleinsiedlung bestimmen als unterste Grenze des dem Siedler überlassenen Geländes 600 Quadratmeter. Als Höchstgrenze sind 5000 Quadratmeter festgelegt, da die Bewirtschaftung einer noch größeren Stelle dem Siedler neben einer Berufsarbeit erfahrungsgemäß unmöglich ist. Die vom vierten Jahre einsetzende Dauerbelastung wird bei Siedlerstellen bis zu 800 Quadratmeter Gartenfläche im allgemeinen 180 M im Jahr oder 15 M im Monat nicht überschreiten. Die Inventarbeschaffung wird vom Träger der Siedlung gesichert, wenn der Siedler selbst nachweislich nicht dafür aufkommen kann.

Literarisches

Warum arbeitslos? Heraus aus dem Elend! Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S. 14, Inselstraße 6. In der kleinen trefflichen Schrift werden in knappen Darstellungen die Ursachen der Wirtschaftskrise und die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge in einer geradezu meisterhaften Form wiedergegeben. Die Schrift verdient, in Millionen Exemplaren verbreitet zu werden. Alle Zahlstellenfunktionäre unseres Verbandes sollten sich um die Verbreitung dieser Schrift mit Nachdruck bemühen.

„Der Volksfunk.“ Verlag Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Eine Fülle von Anregungen finden wir in jeder Nummer dieser populären, reich bebilderten Zeitschrift. Die Werktätigen sollten den „Volksfunk“ regelmäßig lesen. Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

„Die Büchergilde.“ Monatsschrift der Büchergilde Gutenberg, bringt in ihrer Oktobernummer die Ankündigung von vier Neuerscheinungen: „Der Streik“, ein Bergarbeiterroman von Rudolf Daumann, „Die Komödie der Tiere“, preisgekrönter Tiergeschichten von André Demaison, „Klasse im Kampf“, ein Gegenwartsroman von Karl Schröder, und „Der weiße Magnet“, eine Geschichte der Nordpolforschung von Ernst Züchner. Diese vier Bücher werden in der Zeitschrift ausführlich besprochen. Außerdem enthält das Heft eine reizende Erzählung von Demaison und eine Reihe guter Abbildungen von Pechstein, Seewald und andern.

Anzeigen

Sterbetafel

Bernburg. Am 17. September starb unser Kamerad **Berthold Schwarz** im Alter von 35 Jahren infolge Bauchfellentzündung.

Braunschweig. Am 21. September starb unser Kamerad **Heinr. Meier** im Alter von 71 Jahren an Lungenkrebs.

Lübeck. Am 23. September starb unser Kamerad **Wilhelm Stamer** im Alter von 74 Jahren infolge Altersschwäche.

Roßlau. Am 25. September starb unser Kamerad **Wilh. Körner** im Alter von 68 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Kauft (F) die vom Verband herausgegebene **Fachliteratur!**

Ich helfe Dir

Gummi, Tropfen, Tee
Preisbroschüre durch:
Wohlleben & Weber
G. m. b. H., Berlin W 30, Z 10

Jeder Zimmerer muß den Verbands-Taschenkalender 1933 besitzen

Hobelbänke 50 RM.

2 m lang, Stahlspindel, komplett, Ia Qualität.
Blatt Ia gediegene Rotbuche, Garantiert.

Werkzeuge
Abbildung und Preisliste gratis.
Karl Ramisch, Pirna a. d. Elbe.



Bauschule Rastede i. Oldbg.

v. C. Rohde. Programm frei. Polierkursus 1 Semester, Vorbereitung auf die Meisterprüfung 2 Semester. Treppenaufbau, Schiftungen.